

Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa.

Heftzettel Nr. 20.

Das Riesaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsankwaltschaft beim Amtsgericht und des
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen, sowie des Gemeinderates Gröba.

Postleitzettel: Dresden 1580
Girokarte Riesa Nr. 52.

Nr. 297.

Freitag, 22. Dezember 1922, abends.

75. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 18 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, monatlich 450.— Markt einschl. Bringerlohn. Anzeigen für die 80 nur reit 3 zum jährigen Grundlohn (Säulen) 40.— Markt: vertraulicher und tabellarischer Tag 50.— Aufschlag, Nachweilungs- und Vermittelungsgebühr 8.— Markt, keine Tarife. Beilage „Frischhähne an der Elbe“ — Auf jährliche Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Eisenwaren oder der Förderungseinrichtungen — hat der Verleger keinen Anspruch auf Entfernung oder auf Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 69. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Höhnel, Riesa; für Inserenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Laut Bekanntmachung des Kommunalverbandes gelten in der Gemeinde Gröba die Höchstpreise für Milch und Butter, die jeweils vom Rat der Stadt Riesa für den Stadtbezirk Riesa bekanntgemacht werden. Auf jedem Stück Butter, das aus außerstädtischer Milch hergestellt ist, ist beim Verkauf im Kleinhandel ein mit dem Gemeindestempel versehenes Etikett aus farbigem Papier anzubringen. Die Käufer werden im eigenen Interesse

gebeten, darauf zu achten, daß sie mit jedem Stück außerstädtischer Butter ein solches Etikett erhalten. Die Etiketten sind von den Händlern im Gemeindeamt gegen Vorlegung der Rechnungen zu entnehmen.

Gröba (Elbe), am 21. Dezember 1922.

Der Gemeindevorstand.

Deutschland und Sachsen.

Riesa, den 22. Dezember 1922.

* Wiedergewordener Stier. Unweit des bieslaen Alberthofes konnte heute gegen mittags beobachtet werden, wie der Führer eines Schlachttieres diesen durch Kopfschläge zu tödlichen Todesfällen führte. Er erreichte damit aber nur, daß das Tier wild im Kreise herumlief. Überbelastet ist ein den Weges kommender Radfahrer mit seinem Rad zu Schaden gekommen. Nach Anlegung einer Blende konnte der Transport ohne weiteren Zwischenfall fortgefahren werden.

* Die Brotversorgung. Der Reichsausschuß der Landwirtschaft gibt eine Erklärung zur Frage der Brotversorgung bekannt, in der u. a. gesagt wird, daß der Fleischausstoß auf Grund seiner umfassenden Kenntnis der Ernährungsfrage mit Rücksicht auf die ausgetriebene Miserie eine Erfüllung der Umlage für sozial unmöglich halte. Entgegen den Behauptungen des Reichsernährungsministeriums, daß die Brotversorgung nötig sei, unter der Voraussetzung, daß das Umlagegefüge entsprechend den Säulen herzustellen und das Brot in den Lagen bleibe, die für die Getreideeinfuhr notwendigen Deosen einzulaufen, habe der Reichsausschuß festgestellt, daß die Brotversorgung nur unter der Voraussetzung geliefert werden könne, daß mindestens 1,7 bis 1,8 Millionen Tonnen Brotgetreide eingeführt werden können. Außerdem habe er mit Nachdruck darauf hingewiesen, daß nichts unverhübt bleibt, um eine Brotstreckung in möglichst großem Umfang herbeizuführen.

* Wichtig für alle Steuerzahler. Bei dem allgemein gelegenen Einkommen wird die endgültige Einkommensteuer für 1922 die nach den Einkommen im Jahre 1921 bemessenen geleglichen Vorauszahlungen vielfach erheblich übersteigen. Die Rassen und Hersteller der Finanzämter sind daher erneut darauf hingewiesen worden, daß sie, ebenso wie sonstige freiwillige Vorauszahlungen, auch Vorauszahlungen auf die für 1922 noch geschuldete Einkommensteuer jederzeit auf die Einkommensteuer für 1922 zu bezeichnen. Bei dieser Gelegenheit sei darauf aufmerksam gemacht, daß bei Berechnung des Vermögens für die Vermögenssteuer und die Einkommenssteuer nicht abgezogen werden darf, soweit es sich nicht um die im Jahre 1922 gewordenen geleglichen Vorauszahlungen handelt. Darüber hinaus aus dem 31. Dezember 1922 geleistete freiwillige Vorauszahlungen mindern jedoch das vermögenssteuerpflichtige Vermögen.

* Vereinfachung in der Kriegerfürsorge. Die bisher bei den Kreishauptmannschaften eingerichteten Kreisämter für Kriegerfürsorge werden am 1. Januar 1923 nach der Verordnung des Ministeriums des Innern vom 7. Dezember 1922 (Sächs. Gesetzbl. S. 614 ff.) aufgehoben und die bei ihnen bestehenden Abteilungen für schwerbeschädigte Kriegerfürsorge von da an mit dem Landesamt für Kriegerfürsorge in Dresden verschmolzen. Dadurch fällt die Zwischenstelle im Reichsmittelzuge der amtierenden Kriegerfürsorge bei den Kreishauptmannschaften weg. Die Abteilungen für schwerbeschädigte Kriegerfürsorge bleiben jedoch als Zweigstellen des Landesamtes für Kriegerfürsorge in den Regierungssbezirken Bautzen, Chemnitz, Leipzig und Zwickau bestehen und werden mit ihren Dienststellen an die Kreishauptmannschaft ihres Bezirkes angegliedert. Die Abteilung für schwerbeschädigte Kriegerfürsorge des Regierungsbüros Dresden geht im Landesamt für Kriegerfürsorge auf und befindet sich vom 1. Januar 1923 an mit den bisher bestehenden Dienststellen für schwerbeschädigte und Blindenfürsorge in Dresden-A. Tannenbergsplatz, 1. Obergesch., Fernsprechnummer 14480.

* Wichtig für Kriegerwitwen. Nach einem Urteil des Reichsarbeitsministeriums können erwerbstätige Kriegswitwen unter 50 Jahren nach § 37 Abs. 2 des Reichsverjüngungsgeges die erhöhte Witwenrente auch dann erhalten, wenn eine oder mehrere ihrer verjüngungsberechtigten Kinder zwar nicht mehr vollschulpflichtig sind, sich aber noch in einer Schul- und Berufsausbildung befinden, selbst keinen ausreichenden Verdienst oder sonstiges Einkommen haben und von der Witwe im eigenen Haushalt versorgt werden. Kriegerwitwen, die das 18. Lebensjahr vollendet haben, rechtfertigen nur dann eine Erhöhung der Witwenrente, wenn sie infolge körperlicher oder geistiger Bedenken besondere Pflege bedürfen. Kriegerwitwen, denen hieraus die erhöhte Witwenrente zusteht, die bisher aber nur die einfache Rente von 80 v. H. der Vollrente eines vollerwerbsfähigen Kriegsbeschädigten erhalten haben und bereits unanerkannt sind, können einen Antrag auf Erhöhung der Rente an das zuständige Verwaltungsdamt einreichen.

* Für Alttrentner aus der Wehrmacht. Außer dem in den Zuständigkeitsgrundlagen der Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge vom 6. bis 11. Dezember 1919 genannten Personalkreis steht soziale Fürsorge nunmehr u. a. auch Alttrentner (Alttrentnergegen) ehemaligen Angehörigen der neuen Wehrmacht (Wehrmachtverjüngungsgeges) und ihren Hinterbliebenen zu, wenn ein urächlicher Zusammenhang zwischen der Dienstbeschädigung oder dem auf eine Dienstbeschädigung zurückzuführenden Verlust des Gehalts und der zu beobachtenden Rente angenommen ist. Die Durchführung der Fürsorge liegt den Amtsstellen der sozialen Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge ob.

* Eine wichtige Verkehrsstagnation in Halle. Da es keine Lande kann eine Loge zur mitteldeutschen und lädt

Heutiger Dollarkurs (amtlich): 6758 Mark.

frischen Verkehrsinteressen in Gegenwart von Vertretern der Reichsbahnverdirektion statt, in der u. a. die Städte Halle, Magdeburg, Leipzig, Dresden ihre Wünsche um einen besonderen Verkehr nach dem Osten und Norden über Cottbus, Frankfurt a. d. Oder, ferner nach Schlesien, über Sagan und Köslitz, sowie nach Bremen, Hamburg und Medienburg unter Umgehung von Berlin besprochen. In einer Entscheidung wird eine Verbindung von Leipzig und Dresden gefordert. Weiter werden Alte Magdeburg-Köslitz-Breslau und Bautzen-Halle gefordert. Die Schaffung einer Nachschiffsverbindung Dresden-Leipzig-Halle-Hamburg wird für notwendig erklärt.

* Neugestaltung des Jagdrechts in Sachsen. Der Landtag wird sich demnächst mit Anträgen der Demokraten und der Sozialdemokraten auf Reform des sächsischen Jagdrechts zu beschäftigen. Die Demokraten fordern in ihrem Antrage eine grundlegende Reform, insbesondere die Aufhebung der sogenannten Jagdverbotung, die Gültigkeit der Bildung von Jagdbeamten auch unter dem Umfang von 300 Hektar; die Neuregelung des Stimmbereichs des Jagdgenossenschaftsmitglieder in der Weise, daß auf Grundbasis und Pachtland in der Größe bis 3 Hektar 1 Stimme, bis 6 Hektar 2 Stimmen, bis 12 Hektar 3 Stimmen, über 12 Hektar 4 Stimmen entfallen. Weiter wird in diesem Antrage der Erlass einer Jagdpachtverordnung gefordert, die Bestimmungen über alle geltende Jagdpacht, Jagd und Abzucht trifft. Wie verlautet, ist von sozialdemokratischer Seite ein viel weitergehender Antrag zu erwarten, der auf Sozialisierung der Jagd hinausläuft. Da noch soll jede bestehende Jagdberechtigung aufgehoben werden und jeder Staatsbürger soll berechtigt sein, auf Grund einer vom Staate gelösten Jagdkarte die Jagd auszuüben wo er will.

* Aenderung des Fischereirechts. Ein von den Demokraten im Landtag eingebrachter Antrag fordert eine Änderung des Gesetzes über die Ausübung der Fischerei vom Jahre 1888 in der Richtung, daß das Recht zur Ausübung der Fischerei in liegenden Gewässern in der Regel zuliegen soll in der Elbe, der Izwitzer und Freiberger sowie der vereinigten Mulde, der welchen Elster, dem Grödel (Elsterwerdaer) Flößkanal und dem Elsterflößkanal des Staates; in allen anderen liegenden Gewässern den anliegenden Grundbesitzer, einem jeden, soweit sein Besitz am Ufer reicht, und wenn beide Ufer nicht in derselben Hand sind, einem jeden bis zur Mitte des Wasserlaufs.

* Personentarife der Eisenbahn. In verschiedenen Zeitungsabhandlungen und Zuschriften der letzten Tage wird die Fahrpreiserhöhung vom 1. Dezember angegriffen. Es wird behauptet, daß die 4. Klasse bei der Erhöhung stärker berangesehen worden sei als die höheren Klassen, insbesondere die 1. Klasse. Weiter wird die Preisberechnung der Monatskarten im Nahverkehr, die Feststellung einer Mindestentfernung von 11 km, zum Anlaß für Beanstandungen genommen. Die Vorwürfe sind nicht berechtigt. Die Einheitssätze für 1. Personenzugkilometer haben betragen: am 1. Oktober 1922 in 1. Kl. 202, 5 Pf. 2. Kl. 112, 5 Pf. 3. Kl. 87, 5 Pf. 4. Kl. 45 Pf. am 1. November 1922 in 1. Kl. 405 Pf. 2. Kl. 225 Pf. 3. Kl. 185 Pf. 4. Kl. 90 Pf. seit 1. Dezember 1922 in 1. Kl. 810 Pf. 2. Kl. 450 Pf. 3. Kl. 270 Pf. 4. Kl. 180 Pf. Sie waren also gestaffelt wie 1 : 1 1/2 : 2 1/2 : 4 1/2. Die Steigerung hat mithin für alle Klassen bei der Erhöhung gleichmäßig 100 v. H. betragen, sodass eine stärkere Belastung der unteren Klassen nicht eingetreten ist. Auch in Zukunft ist dies nicht beabsichtigt. Es wird im Gegenteil den wirtschaftlich leistungsfähigeren Reisenden der 1. und 2. Klasse vom 1. Januar 1923 an eine wesentlich höhere Belastung dadurch zugemessen, daß die Einheitssätze gestaffelt werden wie 1 : 1 1/2 : 3 : 6. Für Reisefahrten war am 1. November 1922 eine Mindestentfernung von 8 km festgesetzt. Der Monatskartenpreis wurde nach 14 einsamen Fahrten berechnet. Eine Monatskarte 3. Klasse für 8 km kostete 152 Pf., für 11 km 208 Pf. Bei dem schnellen Sinken des Geldwertes und der damit verbundenen Steigerung der persönlichen und sozialen Ausgaben war es an sich selbstverständlich, daß diese im Interesse des Nahverkehrs besonders niedrig gehaltenen Preise nicht beibehalten werden konnten. Hierzu kam, daß die niedrigen Mindesttarife preiswerte Steigbahn allgemein und teilweise wesentlich die Fahrtreize der örtlichen Nahverkehrunternehmen unterboten, sodass ein sehr großer Teil des den letzteren aufzunehmenden Verkehrs auf die Eisenbahn abwanderte. Dadurch erleidet die Eisenbahn einen so starken Mehrverkehr, daß sich besondere betriebliche Verfehlungen notwendig machen, deren Kosten leider bei regulären Fahrtreisen derweil nicht gebucht werden, erst recht aber dann nicht, wenn der Verkehr zu den blauen Säulen der Postkarten bedient werden muss. Die außerordentliche Schonung der Personentarife im Sommer 1922, die die Reisenden fast als selbstverständlich hingenommen haben, hatte zur Folge, daß der Anteil der Einnahmen des Personennahverkehrs an der Gesamteinnahme nur noch etwa 12 v. H. betrug, während er noch 1920 aller im Kriege notwendigen Verkehrsdrohungen ein Drittel ausmachte. Die Einnahmen aus dem Personennahverkehr decken bei weitem nicht die Selbstkosten, sodass der Personennahverkehr vom Güterverkehr mit erhalten werden muß. Zur Beobachtung dieses vom Kaufmännischen und wirtschaftlichen Standpunkte aus untragbaren Zustandes war es unerlässlich, den Seifertkartenverkehr, der immer eine

bedeutende Rolle im Verhältnis zum Gesamtverkehr gespielt hat, in stärkerem Maße zu belasten als bisher. Im Einvernehmen mit den Interessenvertretungen der am Eisenbahnverkehr vornehmlich beteiligten Erwerbsstände wurde daher anlässlich der Erhöhung am 1. Dezember um weitere 100 v. H. der Notstandstarif für Seifertkarten dahin geändert, daß die der Preisberechnung zu Grunde zu legende Fahrtzeit von 14 auf 18 und die Mindestentfernung von 8 auf 11 km erhöht wurden. Infolgedessen kostet eine Monatskarte 3. Kl. für alle Entfernungen bis mit 11 km nunmehr 540 M. Es sind also die Monatskartenpreise auf Entfernungen von 11 km an um das 2 1/2-fache gestiegen, während sie für 9 und 10 km den rund 3-fachen und für 1 bis 8 km den rund 3 1/2-fachen Betrag der Novemberpreise erreichen. Das Verhältnis der Wochen- und der Schülermonatskarten zu den Monatskarten ist dasselbe geblieben. Die Wochenkarten werden nach 1/2 der entsprechenden Monatskartenpreise berechnet. Vergleicht man diese Beträge mit den gewöhnlichen Eisenbahnbefahren, so ergibt sich folgendes Bild: Eine einfache Fahrt 3. Kl. auf alle Entfernungen von 1 bis 11 km kostet zur Zeit 30 M., eine Monatskarte 3. Kl. für dieselbe Entfernung 540 M. Bei täglich nur einmaliger Benutzung beläuft also die Monatskarte eine Preiserhöhung von 70 v. H.; anders ausgedrückt heißt das, daß der Monatskarteninhaber immer noch an 21 Tagen vollständig unkontrolliert befördert wird. Jeder unbefangen Urteilende wird hierauf geben müssen, daß die Reichsbahn bei der auch vom Kaufmännischen Standpunkt aus nun einmal unvermeidlichen stärkeren Belastung des Personenverkehrs nach wie vor bemüht ist, auf den Vorort und Siedlungsverkehr die Rücksicht zu nehmen, die nach Lage der Verhältnisse überhaupt möglich ist.

* Richtlinien für die Preisfeststellung. Die folgende Erörterung der Marktwährung, die zu einer das Wirtschaftsleben schädigenden Unidiverität darüber, was auf dem Gebiete der Preisfeststellung erreicht ist, geführt hat, ob auf dem Reichswirtschaftsministerium und dem Reichsjustizministerium Verantwaltung, an Hand der Preisprüfung und der Erörterungen der Verwaltungspraxis der letzten Zeit Richtlinien auszuarbeiten; diese sollen im Rahmen der innerhalb stark schwankender Währungsverhältnisse überhaupt gegebenen Möglichkeiten eine Stetigkeit der verwaltungsmäßigen und rechtlichen Entscheidungen über die Preisfeststellung gewährleisten. Nur einzelnen werden unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Preisprüfung und unter Fortentwicklung früherer vom Reichswirtschaftsministerium vertretenen Ausschreibungen die Grundlage über die Feststellung des angemessenen Preises entwickelt und die stark umstrittenen Begriffe der Marktlage, Rottmarktag und des Wiederbeschaffungspreises erörtert. Eine Normentafel stellt unter Berücksichtigung des Statistischen Reichsamts alljährlich veröffentlichten Index für die Lebenshaltungskosten eine zahlenmäßige Richtlinie auf, inwieweit im Warenverkehr der einzelnen Ein- und Verkauf etwa eingetretene Geldentwertung zu tragen ist. Eine rückwärtige Herausziehung von Sachverständigen noch vor Anklageherabsetzung wegen Preisstreicherei und in einem möglichst frühzeitigen Abschluß des Verfahrens wird für notwendig erachtet. Die Sachverständigen sollen zunächst auf Vorschlag der amtlichen Vertretungen der beteiligten Wirtschaftskreise ernannt und vor schweren Rechtsvergehen wie Warenbeschlagnahme und Entziehung der Handels Erlaubnis gebaut werden. Die Richtlinien betonen ferner die Notwendigkeit eingehender Aufklärung der Bevölkerung über die Preisentwicklung und deren Ursachen. Sie geben fingerzeige, wie neben ständiger Zusammenarbeit der Tagespresse insbesondere durch innigere Zusammenarbeit der Preisprüfungsstellen mit der Wachspolizei und mit den Verbrauchern die vielfach auf Unkenntnis der wirtschaftlichen Zusammenhänge beruhenden Wegenläufe zwischen den einzelnen Verständen gewidert werden.

* Zusammenfassung der sächsischen Handelskammern. Eine Zusammenfassung von Vertretern der sächsischen Handelskammern befand sich am 8. Dezember in Dresden unter Teilnahme von Vertretern der Staatsregierung mit der Einführung einer Sonderumfrage für das Deutsche Forschungsinstitut für Textilindustrie in Dresden. Man gelangte einmütig zu dem Ergebnis, eine solche auf Grund von § 19 des sächsischen Handels- und Gewerbeamtsvertrages unter Anordnung der Beteiligten in den einzelnen Kammerbezirken in die Wege zu leiten und zwar in ganz Sachsen einheitlich in der Weise, daß die Handelskammerbeiträgspflichtigen der unmittelbar beteiligten Zweige Textilindustrie, Veredelungsgewerbe, Papierfabrikation mit 1 Wettina, die der mittelbar beteiligten Zweige Großhandel und Handelsvertretung in Textilgroßkosten, Halb- und Fertigfabrikaten; Herstellung von Maschinen und Utensilien des Textilfaches mit 1/2 Wettina auf die Steuermarke des gewerblichen Einkommens nach der Veranlagung für 1920 genau des Wechsels vom 15. Juli 1922 herangezogen werden sollen. — Verhandelt wurde ferner über Neuentstehung der Handelskammergebühren für Preisbeleihungen, Begutachtungen und dergleichen, sowie der Webobühren und Tagegelde von den Handelskammern nach § 36 HGB. öffentlich bestallte und vereidigte Gewerbetreibende (Sachverständiger, Probenehmer usw.). — Außerdem wurde eine Reihe weiterer Angelegenheiten erledigt bzw. vorberaten, worüber weitere Bekanntlichungen vorbehalten bleiben.

CREME MOUSON

Creme Mouson ist das begehrteste und wirksamste aller Hautpflegemittel.
Bei regelmäßiger Anwendung macht Creme Mouson die Haut gesund,
elastisch, jugendfrisch, und verhindert die Bildung von roten Flecken,



Unebenheiten, Hautglanz etc. Die feine, diskrete Parfümierung überdeckt
Jeden Geruch der Transpiration. / Weitere Creme Mouson Erzeugnisse:
Creme Mouson Seife / Creme Mouson Rasierseife / Creme Mouson Puder.

FABRIKANTEN J.C. MOUSON & CO. GEGRÜNDET 1798 IN FRANKFURT AM MAIN

* Die republikanischen höheren Lehrer vereinigen sich. In Dresden wurde ein "Bund republikanischer Lehrer an den höheren Schulen Sachsen" gegründet. Zum ersten Vorsitzenden wurde Studienrat Prof. Dr. Robert Niemann-Leipzig gewählt.

* Ein strenger Winter? Wie die Bodensee-fischer berichten, laschen die Forellen erkennen, was bei bevorstehendem strenger Winter viel früher geschieht. Dieser einfallende späte Zeitpunkt dürfte zu dem Schluss berechtigen, daß diesmal ein strenger Winter droht.

* Die Wetterlage. Nach den Mitteilungen des amtlichen Berliner Wetterbüros haben wir zunächst vielfach heiteres Wetter mit etwas Abkühlung zu erwarten. Da sich jedoch das atlantische Tief noch sehr weit nach Südwesten zu erstrecken scheint, so dürften die Bewölkung und die Temperaturen bald wieder zunehmen und besonders im Nordosten ziemlich reichliche Niederschläge fallen, so daß uns in der Niederkunft wieder "grüne Weihnachten" drohen. Besser steht es mit den Aussichten für die Liebhaber des Wintersports. Denn in den Gebirgen, namentlich im Riesengebirge, liegt jetzt überall eine hohe Schneedecke.

* Der ringe gegen Zeitungspapier. Eine Leipzigische Bildwaren-Großhandlung bietet in Anzeigen der Lageblätter drei Bläud. Weißberinge, drei kleine Sauer-kürzen und ein halbes Bläud. Heringsmilch, oder drei Bläud prima Schellfisch und zwei Bläud Sauerfleisch für — 10 Bläud Zeitungspapier!

* Wie schade ich meine Nähe vor Fellen? Einige Notizen in unserem Blatte veranlassen einen bielen Einwohner, zu dieser Frage Stellung zu nehmen und ein mögliches Haustier, welches zur Bekämpfung der Ratten- und Mäuseplage mehr wert ist als alle sonstigen Maßregeln, möglichst vor Tieren zu schaffen. Man schweide etwas zur Winterszeit mit einer Schere einzelne Füster in den Rücken- und Seitenflanken des Tieres, was diesem garnicht schadet. Ledentals ist es richtiger, wenn man seine Mieze mit unrichtigem Haar herumlaufen sieht, als daß sie badaliche Substanzen in die Hände füllt.

* Strebla. Die Weihnachtsgabenümlung hat einen außerordentlich guten Erfolg gebracht; es wurden alljährlich Baben frohen Herzens gespendet. Auch von Saag in Böhmen kam eine Gabe von 25000 Mark, die ein Herr Lüdersdorf (früher in Strebla) gespendet hat. Geld, Naturalien und Kleidungsstücke sind in reicher Fülle eingegangen, so daß bald von einer Millionenlache gesprochen werden kann.

* Weißla bei Großenhain. In der biesigen Bäckerei sind in der Nacht vom 20. zum 21. d. M. aus einem Schuppen zwei Dörfchen gestohlen worden. Das eine ist ein fast neues Dörfchen Nr. 474072 mit hoher Leinwand, schwarzen Rahmen und Fenstern mit rot und grünen Streifen. Die Glocke trägt den Namen Paul Manle, Dobrulug. Das andere ist ein älteres Ezzendorf-Hof mit fast neuer Verzierung, hoher Leinwand und schwarzen Rahmen und Fenstern. Beide Räder haben Torpedotreilauf. Der Gehoblene lebt sehr hohe Belohnung für Wiedererlangung der Räder aus.

* Choren. Bei dem kräftlichen großen Sturme wurde das Scheunendach des Fräulein Bellmann hier abgedeckt. Als Fräulein Bellmann aus dem zusammengedrückten Dach etwas herunterholen wollte, glitt sie aus, stürzte verkehrt und brach beide Hände. Da sich die Bedauernswerte in bedürftigen Verhältnissen befindet, ist der Vorfall umso mehr zu bedauern.

* Dresden. Am Montag wurde in Leuben ein 16 Jahre alter Arbeitswurzel H. tot aufgefunden. Vermutlich hatte der geistig etwas zurückgewichene Wurzke mit einer Schlinge gespielt und dabei den Tod durch Erdrosseln erlitten.

* Dresden. In der Nacht zum Donnerstag wurde in der Lößnitzer Straße in Vorstadt Blauen ein etwa 30 Jahre alter unbekannter Mann mit durchschnittenem Hals tot aufgefunden. Die Mordkommission, die noch in der Nacht am Tatort erschien, weigte nach den vorliegenden Umständen der Ansicht zu, daß es sich um einen Selbstmord handle.

* Weimar. In der Nacht zum Dienstag wurden hier zwei größere Einbrüderdiebstähle verübt. Beim Gasthofbesitzer Schuster stahlen die Diebe aus der Räucherkammer für etwa 200000 M. Fleischwaren und beim Gutsbesitzer Liebster Fett und Wurstfleisch. Man vermutet, daß die Diebe aus dem Blauen Grunde gekommen sind.

* Pulsnitz. Ein gutes Geschäft hat die Stadt Pulsnitz gemacht. Sie hatte die Absicht, ein neues großes Elektrolytwerk zu bauen und kaufte zu diesem Zweck vor längerer Zeit eine Dampfturbine und zwei Kessel. Aufgrund der schweren Kapitalverhältnisse hat sich das Projekt aber verschlagen, sodass die Stadt die Turbine wieder verkaufen konnte. Sie verdiente daran 95 Millionen Mark. Dadurch ist die Stadt vollkommen schuldenfrei und hat außerdem noch nennenswerte Kapitalien zur anderenweiten Verfügung. — Infolge der mühlichen Beitragszahlung leidet hier ganz besonders auch das Gewerbe der Bierbudenbäcker. Mancher Betrieb ist ganz verwaist, in den anderen wird nur noch mit wenigen Kräften gearbeitet. Die Verkaufspreise sind infolge der außerordentlich gestiegenen Selbstkosten für Mehl, Zucker, Eiweiß u. c. recht erheblich geworden und verhindern den Ankauf des sonst überall so sehr beliebten Pulsnitzer Bierbudenbieres.

* Pirna. Ein Winterbad in der Elbe unterhalb der Postaer Fähre nahmen zwei Schwimmer von hier. Seit Beendigung der Badelaison nehmen sie von Zeit zu Zeit noch immer ihr Elbbad, anscheinend ohne Nachteil für ihre Gesundheit. Sie bleiben allerdings nur wenige Minuten im Wasser, schwimmen eine kurze Strecke und strotzieren im Anschluß daran ihren Körper tüchtig.

* Götting. In der biesigen Gegend sind in den Monaten September, Oktober, November Werte im Betrage von etwa 50 Millionen Mark und 25000 Kronen beschlagnahmt worden, die von Personen hinterlegt werden mußten, welche ver sucht hatten, Waren über die Grenze zu schmuggeln, über die Grenze ohne Pass zu überschreiten.

* Altenburg. Dienstag morgen kurz nach 7 Uhr wurde die Ehefrau Helene Wirth von Hausbewohner auf dem Treppenpodest in einer Blutlache liegend vorgefunden. Die Untersuchung ergab, daß offensbar ein Mord vorliegt. Die Getötete lebte von ihrem Ehemann getrennt und zwischen beiden stand die Scheidung bevor.

Bittern. Im Sommer dieses Jahres waren hier der Schützenverein von einer gewaltstam in das Schützenhaus eingedrungenen Menge ihre Gewehre mit Gewalt geraubt und vernichtet worden. Die Gesellschaft hat darauf das Schadensverlagerrecht nach dem Tumultschadengesetz eingeleitet. In diesem Verfahren stand jetzt vor der Spruchbehörde in Bautzen Entschädigungsbericht statt. Der Aufruhr wurde für 50 Gewehre nebst Zubehör als berechtigt anerkannt, die weitergehenden Ansprüche wurden abgewiesen. Da heute eine Scheibenbüsche ohne Zubehör etwa 4000 bis 5000 Mark kostet, kommt schon allein für die 50 Gewehre eine Entschädigung von 2 bis 2,5 Millionen Mark in Frage.

* Chemnitz. Am benachbarten Händler hantierte ein Einwohner bei dem Laden eines Revolvers in so unsachlicher Weise, daß sich ein Schuß löste und so Geschos einer daneben stehenden Frau in den Unterleib drang.

* Plauen i. V. Das 2½-jährige Töchterchen eines bielen Einwohners stürzte in einem unbewachten Augenblick aus dem zweiten Stock der eterlichen Wohnung in den mit Steingesteinen gepflasterten Hof hinab und trug wunderbarweise nur leichte Haftabschürfungen an der Stirn davon.

* Braunschweig i. V. Einer unfreiwilligen Entfestigungskur mühete sich auf dem Bahnhof Voigtsreuth ein Reisender unterziehen. Auf der Fahrt von Frankfurt a. M. nach Franzensbad erfolgte in Voigtsreuth die übliche Bollrevision, die hinsichtlich der Koffer nichts Belastendes ergab. Dem geübten Auge des Polizeiamtes schien jedoch der Leibesumfang des Mannes mit den übrigen Körperausmaßen nicht recht in Einklang zu stehen, und bei einer eingehenderen Untersuchung, der sich der "Beauftragte" nur mit Bildstreben unterwarf, fand man 96 seidene Selbstbinden (große Herrenkrawatten), die den schlauen Schmuggler funktgestört um den Leib geschlungen und einzeln mit Sicherheitsnadeln am Rücken befestigt waren. Nachdem er von seiner kostbaren Prise bestellt war — der Kaufpreis eines Selbstbinders beträgt jetzt 6- bis 8000 Mark — und 100000 Mark Buße hinterlegt hatte, durfte er seine Reise nach Franzensbad fortfegen.

* Aachen. Der südliche Bergbau bringt alljährlich 20582000 Mark für seine Knappheits-Annalen und deren Witwen auf und gewährt überdies für sie jährlich kostenlos je 3000 80 Pfennig-Großkonto im Werte von 800000 Mark. Neuerdings haben die Koblenzer Werke im Oelsnitz-Lugauer Revier auch für bedürftige Knappheitsangehörige 1,7 Millionen Mark und im Zwischenkreis etwa 2 Millionen Mark gespendet. Die Industriellen im Bezirk Aachen haben dem Kreisamt für Heeresfürsorge hier mehrere Millionen Mark Spenden angewiesen.

* Magdeburg. Die Kirchgemeinde Mügeln sieht sich gezwungen, vom 1. Januar an bis auf weiteres die Gemeindeditziale anzugeben und eine Einschränkung im kirchenaufenthalts-Dienste vorzunehmen.

* Pegau. Ein betrüblicher Unfall ereignete sich im Gebreichen Grundstück des benachbarten Carsdorf. Beim Einfahren eines mit Kohlen beladenen Wagens in die Scheune wurde der oben auf den Kohlen sitzende 12- bis 13-jährige Sohn Kurt des Besitzers von einem Tragbalzen derart eingeklemmt, daß der Tod sofort eintrat.

Gerichtszaal.

* Eine teure Erholungskur? Wegen verbreiterter verbotener Ausfuhre und vergleichende Delikten erhielten der Gutsbesitzer Rudolf Knobloch aus Sooz und dessen Ehefrau Anna Knobloch geborene Schmidt vom Schöpfengericht Dresden je eine Million Mark Geldstrafe zugesetzt, auch wurde der Chemann überdies noch wegen unbefugten Waffenbesitzes zu 1000 Mark Geldstrafe verurteilt. Die Ehefrau Knobloch befand sich angeblich wegen Heimlichkeit zur Kur auf Weiber hiesch, der Autenthalt müßte vorausgesetzt werden, und in diesem Beitraume wollen sich beide Ehegatten die vorliebhabenartigsten Sachen beschaffen haben. Was den unbefugten Waffenbesitz anbelangt, so erklärte Knobloch, er zeige in Böhmen einen Waffen-schein, er glaubte damit berechtigt zu sein, auch hier die Waffe zu tragen. In dieser Strafsache hatte sich das Hauptzollamt Dresden dem Verfahren als Rechtskläger angegeschlossen, die Vertretung übernahm Oberzollinspektor Wahnsche, der für entsprechende Bestrafung eintrat. Außer dem eingangs erwähnten Urteil weder auch die beschuldigten Sachen als dem Staate für verfallen erklärt.

* Der Reichskonzern vor Gericht. Die sächsische Strafkammer des Dresdner Landgerichts beschäftigte sich an vier Verhandlungstagen mit der Gründung und dem Zusammenschluss des "Reichskonzerns", Haller u. Co., dem größten Dresdner Unternehmen dieser Art. Die Anklage, vertreten durch Staatsanwalt Dr. Schubert, richtete sich gegen die Kaufleute Georg Franz Schumann und Otto Gustav Woltermann, sowie gegen weitere acht Mitangeklagte, darunter drei Brüder und der Vater Schumanns, sowie der 24 Jahre alte Gärtnergehilfe Herbert Hermann Karl Haller, alle übrigen Beschuldigten kommen aber ganz nebenbei in Betracht, wie sich auch am Schlusse des Berichts aus dem Urteil ergibt. Was die Gründung des Reichskonzerns anbelangt, so erfolgte diese im Vorjahr während der allgemeinen Konzernbewegung nach dem Muster anderer gleicher Unternehmen, wie des Klantekonzerns usw. Es wurde in den Projekten die übliche Verdopplung des Einlagekapitals vertraglich, und über den Sportbetrieb, Aufbau des Unternehmens, Sicherheit der Einlagen alles möglich angeführt. Die beiden eingangs erwähnten Hauptangestellten mögten ein jeder in längeren Ausführungen sehr eingehende Angaben, wie sie zur Gründung des Konzerns gekommen sind. Sie führen aus, daß sie wirklich gute Verbindungen in Sportkreisen hatten, und daß ihre Bestrebungen zu bekannten Sachen die allerbesten waren, und daß sie so geholt hatten, mit dem Unternehmen durchzukommen. Von den übrigen Angeklagten interessiert besonders die Person des Gärtnergehilfen Haller, der als solchen eine bezeichnete Wohnung in einem Villengrundstücke innehatte, und sein Leben höchst fristete. Nach Haller wurde die Firma benannt, er diente gewissermaßen als Strohmann und vorgeschobene Person, ohne Möglichkeit zu ahnen, was es damit für eine Beziehung hatte. Von Haller, dem bezeichneten ei-

lichen Gärtnergehilfen, war die Fabel verbreitet, er sei der wirkliche Geldgeber, der Millionär, der mit Riesensummen hinter dem Konzern steht, und der tatsächlich nur einen ganz beschränkten Rücklaufkreis im Gewöchshaus einer Villa in Vorstadt Eichholz beobachtet. Die Betreibung der sämtlichen Angeklagten, von denen mehrere im Konzern als Schreiber usw. angestellt waren oder sonst Rentenwerten vermittelten, Gelder annehmen und dergleichen Tägigkeit entwischen, ergab nichts von besonderer Bedeutung, es entzog sich hier wiederum das übliche gewohnte Bild, man hatte keine Hoffnungen, die gegebenen Ausführungen zu halten und die übernommenen Verpflichtungen zu erfüllen, wenn alles läppig. Wie bei allen anderen Konzernen, so wurde dem Reichskonzern vielfach das Geld direkt aufgestoßen, ja förmlich in der Schwarze gebracht. Und weil eben gerade dieses Unternehmen siebenmal hintereinander Auszählungen bewilligt, so entstand dadurch ein Rivalen, wie kaum bei anderen derartigen Gebäuden, mit Ausnahme des Klantekonzerns und des Klantekonzerns. Auch die Vernebung der vielen Zeugen ergab das übliche Bild, sie hatten eingeschworen, ohne die Prokette eigentlich genau durchzulesen und zu prüfen, ob alles in Ordnung gehe. Es kam unter Eid dabei zum Ausdruck, daß vielfach Einzahler die Annahme ihres Geldes vielfach direkt erzwungen hätten. Ein als Zeuge gehörter Vorster sagte aus, er habe gehört, daß der Reichskonzern auch große Gewinne aus Betriebslebungen erzielte, er mußte sich vom Verteidiger Dr. Wilhelm vorhalten lassen, daß er gerade deshalb dann bestimmt nicht sein Geld dem Konzern hätte übertragen dürfen, denn dies sei doch Behilfe an einer verbotenen strafbaren Handlung. Ein anderer Zeuge sagte aus, er habe deshalb beim Reichskonzern eingeschworen, weil dieser eine eingetragene Genossenschaft sei, und weil er eine Genossenschaft für ein staatliches Unternehmen habe. (Große Heiterkeit.) Ein anderer Zeuge erklärte wiederum, der Reichskonzern sei der "Schaufenster des Buchmachers", die Verbindungen der Konzerninhaber seien zu Sportkreisen derartig gewesen, daß kein Buchmacher mehr Wetten von diesem Unternehmen annehmen wollte. Eine andere Zeugin sagte aus, daß bei einem Vertreter Götz nachts einmal ein Auto ganz leise verdeckt geblieben habe, andere Zeuge hätten sich dann erzählt, in jener Nacht habe der Vertreter 14 Millionen Mark nach der Tischkasse gebracht. (Große Heiterkeit.) Nach Abhörung der vielen Zeugen — die Verhandlungen zogen sich teilweise bis in die späten Abendstunden hin — wurden dann die Sachverständigen gebeten, die sich über den Konzern im allgemeinen, über Buchführung usw. zu äußern hatten. So gab Konkursverwalter Reichel an, daß die betroffenen Einzahlungen rund 24 Millionen Mark betrügen, an Forderungen seien 12 Millionen Mark nach Abhörung der vielen Zeugen — die Verhandlungen zogen sich teilweise bis in die späten Abendstunden hin — wurden dann die Sachverständigen gebeten, die sich über den Konzern im allgemeinen, über Buchführung usw. zu äußern hatten. So gab Konkursverwalter Reichel an, daß die betroffenen Einzahlungen rund 24 Millionen Mark betrügen, an Forderungen seien 12 Millionen Mark nach Abhörung der vielen Zeugen — die Verhandlungen zogen sich teilweise bis in die späten Abendstunden hin — wurden dann die Sachverständigen gebeten, die sich über den Konzern im allgemeinen, über Buchführung usw. zu äußern hatten. So gab Konkursverwalter Reichel an, daß die betroffenen Einzahlungen rund 24 Millionen Mark betrügen, an Forderungen seien 12 Millionen Mark nach Abhörung der vielen Zeugen — die Verhandlungen zogen sich teilweise bis in die späten Abendstunden hin — wurden dann die Sachverständigen gebeten, die sich über den Konzern im allgemeinen, über Buchführung usw. zu äußern hatten. So gab Konkursverwalter Reichel an, daß die betroffenen Einzahlungen rund 24 Millionen Mark betrügen, an Forderungen seien 12 Millionen Mark nach Abhörung der vielen Zeugen — die Verhandlungen zogen sich teilweise bis in die späten Abendstunden hin — wurden dann die Sachverständigen gebeten, die sich über den Konzern im allgemeinen, über Buchführung usw. zu äußern hatten. So gab Konkursverwalter Reichel an, daß die betroffenen Einzahlungen rund 24 Millionen Mark betrügen, an Forderungen seien 12 Millionen Mark nach Abhörung der vielen Zeugen — die Verhandlungen zogen sich teilweise bis in die späten Abendstunden hin — wurden dann die Sachverständigen gebeten, die sich über den Konzern im allgemeinen, über Buchführung usw. zu äußern hatten. So gab Konkursverwalter Reichel an, daß die betroffenen Einzahlungen rund 24 Millionen Mark betrügen, an Forderungen seien 12 Millionen Mark nach Abhörung der vielen Zeugen — die Verhandlungen zogen sich teilweise bis in die späten Abendstunden hin — wurden dann die Sachverständigen gebeten, die sich über den Konzern im allgemeinen, über Buchführung usw. zu äußern hatten. So gab Konkursverwalter Reichel an, daß die betroffenen Einzahlungen rund 24 Millionen Mark betrügen, an Forderungen seien 12 Millionen Mark nach Abhörung der vielen Zeugen — die Verhandlungen zogen sich teilweise bis in die späten Abendstunden hin — wurden dann die Sachverständigen gebeten, die sich über den Konzern im allgemeinen, über Buchführung usw. zu äußern hatten. So gab Konkursverwalter Reichel an, daß die betroffenen Einzahlungen rund 24 Millionen Mark betrügen, an Forderungen seien 12 Millionen Mark nach Abhörung der vielen Zeugen — die Verhandlungen zogen sich teilweise bis in die späten Abendstunden hin — wurden dann die Sachverständigen gebeten, die sich über den Konzern im allgemeinen, über Buchführung usw. zu äußern hatten. So gab Konkursverwalter Reichel an, daß die betroffenen Einzahlungen rund 24 Millionen Mark betrügen, an Forderungen seien 12 Millionen Mark nach Abhörung der vielen Zeugen — die Verhandlungen zogen sich teilweise bis in die späten Abendstunden hin — wurden dann die Sachverständigen gebeten, die sich über den Konzern im allgemeinen, über Buchführung usw. zu äußern hatten. So gab Konkursverwalter Reichel an, daß die betroffenen Einzahlungen rund 24 Millionen Mark betrügen, an Forderungen seien 12 Millionen Mark nach Abhörung der vielen Zeugen — die Verhandlungen zogen sich teilweise bis in die späten Abendstunden hin — wurden dann die Sachverständigen gebeten, die sich über den Konzern im allgemeinen, über Buchführung usw. zu äußern hatten. So gab Konkursverwalter Reichel an, daß die betroffenen Einzahlungen rund 24 Millionen Mark betrügen, an Forderungen seien 12 Millionen Mark nach Abhörung der vielen Zeugen — die Verhandlungen zogen sich teilweise bis in die späten Abendstunden hin — wurden dann die Sachverständigen gebeten, die sich über den Konzern im allgemeinen, über Buchführung usw. zu äußern hatten. So gab Konkursverwalter Reichel an, daß die betroffenen Einzahlungen rund 24 Millionen Mark betrügen, an Forderungen seien 12 Millionen Mark nach Abhörung der vielen Zeugen — die Verhandlungen zogen sich teilweise bis in die späten Abendstunden hin — wurden dann die Sachverständigen gebeten, die sich über den Konzern im allgemeinen, über Buchführung usw. zu äußern hatten. So gab Konkursverwalter Reichel an, daß die betroffenen Einzahlungen rund 24 Millionen Mark betrügen, an Forderungen seien 12 Millionen Mark nach Abhörung der vielen Zeugen — die Verhandlungen zogen sich teilweise bis in die späten Abendstunden hin — wurden dann die Sachverständigen gebeten, die sich über den Konzern im allgemeinen, über Buchführung usw. zu äußern hatten. So gab Konkursverwalter Reichel an, daß die betroffenen Einzahlungen rund 24 Millionen Mark betrügen, an Forderungen seien 12 Millionen Mark nach Abhörung der vielen Zeugen — die Verhandlungen zogen sich teilweise bis in die späten Abendstunden hin — wurden dann die Sachverständigen gebeten, die sich über den Konzern im allgemeinen, über Buchführung usw. zu äußern hatten. So gab Konkursverwalter Reichel an, daß die betroffenen Einzahlungen rund 24 Millionen Mark betrügen, an Forderungen seien 12 Millionen Mark nach Abhörung der vielen Zeugen — die Verhandlungen zogen sich teilweise bis in die späten Abendstunden hin — wurden dann die Sachverständigen gebeten, die sich über den Konzern im allgemeinen, über Buchführung usw. zu äußern hatten. So gab Konkursverwalter Reichel an, daß die betroffenen Einzahlungen rund 24 Millionen Mark betrügen, an Forderungen seien 12 Millionen Mark nach Abhörung der vielen Zeugen — die Verhandlungen zogen sich teilweise bis in die späten Abendstunden hin — wurden dann die Sachverständigen gebeten, die sich über den Konzern im allgemeinen, über Buchführung usw. zu äußern hatten. So gab Konkursverwalter Reichel an, daß die betroffenen Einzahlungen rund 24 Millionen Mark betrügen, an Forderungen seien 12 Millionen Mark nach Abhörung der vielen Zeugen — die Verhandlungen zogen sich teilweise bis in die späten Abendstunden hin — wurden dann die Sachverständigen gebeten, die sich über den Konzern im allgemeinen, über Buchführung usw. zu äußern hatten. So gab Konkursverwalter Reichel an, daß die betroffenen Einzahlungen rund 24 Millionen Mark betrügen, an Forderungen seien 12 Millionen Mark nach Abhörung der vielen Zeugen — die Verhandlungen zogen sich teilweise bis in die späten Abendstunden hin — wurden dann die Sachverständigen gebeten, die sich über den Konzern im allgemeinen, über Buchführung usw. zu äußern hatten. So gab Konkursverwalter Reichel an, daß die betroffenen Einzahlungen rund 24 Millionen Mark betrügen, an Forderungen seien 12 Millionen Mark nach Abhörung der vielen Zeugen — die Verhandlungen zogen sich teilweise bis in die späten Abendstunden hin — wurden dann die Sachverständigen gebeten, die sich über den Konzern im allgemeinen, über Buchführung usw. zu äußern hatten. So gab Konkursverwalter Reichel an, daß die betroffenen Einzahlungen rund 24 Millionen Mark betrügen, an Forderungen seien 12 Millionen Mark nach Abhörung der vielen Zeugen — die Verhandlungen zogen sich teilweise bis in die späten Abendstunden hin — wurden dann die Sachverständigen gebeten, die sich über den Konzern im allgemeinen, über Buchführung usw. zu äußern hatten. So gab Konkursverwalter Reichel an, daß die betroffenen Einzahlungen rund 24 Millionen Mark betrügen, an Forderungen seien 12 Millionen Mark nach Abhörung der vielen Zeugen — die Verhandlungen zogen sich teilweise bis in die späten Abendstunden hin — wurden dann die Sachverständigen gebeten, die sich über den Konzern im allgemeinen, über Buchführung usw. zu äußern hatten. So gab Konkursverwalter Reichel an, daß die betroffenen Einzahlungen rund 24 Millionen Mark betrügen, an Forderungen seien 12 Millionen Mark nach Abhörung der vielen Zeugen — die Verhandlungen zogen sich teilweise bis in die späten Abendstunden hin — wurden dann die Sachverständigen gebeten, die sich über den Konzern im allgemeinen, über Buchführung usw. zu äußern hatten. So gab Konkursverwalter Reichel an, daß die betro

außer Abonnement „Rauch“ 1.-5.-10. Sonntag, 31. „Der Buppenschuster“, nachm. 2.-1./5. „Die Volkszeit“ 4.-6 bis 9.-10. Montag, 1. Januar „Der Buppenschuster“, nachm. 2.-1./5. „Die verlunkene Glöde“, 1.-8.-1./11.

Neueste Nachrichten und Telegramme vom 22. Dezember 1922.

Die Meerenfrage.

Vaufanze. Vorw. Carson, Barresi und Garretti hatten heute eine längere Unterredung über die Meerenfrage mit dem General Dalgio, der nochmals auf die achter Begründungen türkischen Einwände gegen das alliierte Projekt hinzuweist, während die Alliierten verschiedene Widerstände über eine Befriedigungsformel machen. Die russische Abordnung nahm gern an keinerlei Beratung teil. Sie erklärte, daß sie nicht abtreten werde, sondern die weitere Entwicklung der Meerenfrage, die nicht gelöst ist, abwartete. Nur der Marineministerial, Admiral Verens, und der Militärsachverständige Schabowitow verlassen am Freitag Vaujanne.

Die Untersuchung der wirtschaftlichen Lage Deutschlands.

Dondon. Reuter erfaßt aus New York: Der Präsident der Handelskammern der Vereinigten Staaten Barnes hat eine Erklärung abgegeben, in der er sich durchaus glücklich über den Vorschlag einer Unterredung der deutschen wirtschaftlichen Lage auf Grund einer amerikanischen Initiative ausdrückt. Seine Organisation wird jede Aktion unterstützen, die die amerikanische Regierung zu unternehmen bereit sein würde. Es sei klar, daß die Vereinigten Staaten jeden möglichen Weg untersuchen werden, und er hoffe, daß gute Fortschritte auf dem Wege zu einer Einigung in Übereinkunft mit Frankreich und den anderen Alliierten erzielt werden würden. Die Aktion der amerikanischen Regierung sei sicherlich nicht auf deutsche Anregung zurückzuführen, sondern ausschließlich von der Überzeugung ausgehen, daß der Weltfriede und die Wiederherstellung der alliierten Länder in jedem Maße durch die Regelung der Reparationsfrage erleichtert werden würde.

Paris. Wie der Londoner Botschafter des „Petit Parisien“ meldet, scheint es nicht, daß die Regierungen von Paris und London jetzt neue Verhandlungen eingeleitet haben, um eine Entscheidung vor der Konferenz von Paris zu erzielen. Der französische Botschafter hat sich zwar gestern nach der Foreign Office begeben, aber die Unterredung, die er mit dem Staatssekretär Sir Eric a Crowe gehabt hat, hat sich nur auf die laufenden Fragen bezogen. Die Reparationen seien nur im allgemeinen besprochen worden. Der Botschafter werde erst in einigen Tagen von Bonn empfangen werden. Was die Gerüchte über eine mögliche Intervention Amerikas hinsichtlich der Feststellung der deutschen Verpflichtungen durch das Bankenkomitee betreffe, so bestätige man, daß die englische Regierung nicht einmal indirekt Vorschläge des Kabinetts von Washington erhalten hat, aber man erkläre, daß das Quat d'Orsay und die Consula offiziell ein derartiges Angebot durch ihre Botschafter in Washington erhalten habe. Man sage dazu, Paris und Rom hätten diesen Vorschlag für unannehmbar erklärt. Besonders die italienische Regierung habe in sehr bestimmter Form den Bankerauslaß in der Frage abgelehnt, die für die Alliierten ein vitales Interesse bedeutet. Man glaube, daß, wenn es gelinge, die Erörterungen über eine sofortige Belebung des Ruhrgebietes zu befestigen, ein Einverständnis möglich sein werde.

Eine Konferenz der Weltmächte.

Dondon. Reuter erfaßt aus Washington: Der Führer der Gruppe der „Unverhältnismäßigen“ Senator Borah, hat im Senat zur Marinelebtwohlage einen Abänderungsantrag eingebracht, in dem der Präsident Harding aufgefordert wird, eine Konferenz der Weltmächte einzuberufen. Der Antrag stellt dem Präsidenten anheim, die Mächte zu bezeichnen, die zu der Konferenz eingeladen werden sollen. Borah sagte, neben seinen anderen wohltätigen Ergebnissen werde der Antrag vielleicht dazu führen, über den toten Punkt bei der Behandlung der Reparationsfrage hinauszuhilfeln.

Für die Weihnachtssummer



des Nieler Tagesspieles zur Veröffentlichung gebaute Familien- und Kleinkunst aller Art bestelle man sofort, damit eine vorteilhafte u. munitionsfreie Aufmachung ermöglicht werden kann.

Tagblatt-Geschäftsstelle, Niela, Goethestraße 59.

Bermischtes.

Ein Mord. In Werbbors wurde vorgestern abend der 80 Jahre alte Händler und Altmärchentandler August Berndt in seiner Wohnung ermordet aufgefunden. Er lag an Händen und Füßen gefesselt im Bett. Die rechte Brustseite wies mehrere Schußwunden auf. Nähere Einzelheiten schließen.

Lodesurteil für einenführer der Roten Armee. Vor dem Schwurgericht in Elsen hatte sich in vierjähriger Verhandlung der Konservativen unter der Anklage des Mordes zu verteidigen. Der Angeklagte hatte in der Nacht vom 29. zum 30. März 1920 in Dorsten ein sogenanntes Revolutionstribunal zusammenberufen und unter seinem Vorsitz zwei unschuldige Gefangene, einen Reichswehrsoldaten und einen anderen jungen Mann, wegen angeblicher Spionage zum Tode verurteilt. Der Angeklagte ließ das Urteil an dem Reichswehrsoldaten, der von den Notgeldern nach der Urteilsverkündung bis aufs Henn ausgeraubt wurde, noch in derselben Nacht vollstreken, während der andere Verurteilte, als er schon auf dem Richtscheide stand, im letzten Augenblick gerettet wurde. Das Schwurgericht verurteilte den Angeklagten wegen Unstiftung zum Morde zur Todesstrafe und zu dauerndem Verlust der bürgerlichen Ehre.

Vollstreckung eines Lodesurteils. Im Hof des Bochumer Centralgefängnisses ist gestern früh der wegen Mordes an dem Schuhwachtmester Linquist vom Schwurgericht zum Tode verurteilte Bergmann Felix Kellermann aus Herde hingerichtet worden. Kellermann hat bis zuletzt über seine Tat keine Reue an dem Tag gezeigt. Neuer Skandal in Svalato. Ein gewaltiger Brand hat in Svalato einen Automobilhafen, einen Waggonhafen und eine Reparaturwerkstatt mit allen darin befindlichen Automotoren zerstört. Der Schaden beläuft sich auf mehrere Millionen Pre. Mehrere Arbeiter wurden unter der Anklage der Brandstiftung verhaftet.

Cin tollkühner Raubüberfall. Wie die „Röder Zeitung“ meldet, wurde gestern auf das Wohnbüro der Recke Konstantin in Herne ein tollkühner Raubüberfall ausgeübt. Einige Angestellte waren damit beschäftigt, 5 Millionen Mark Wohn gelder nachzuzählen, als plötzlich drei Männer in das Büro eindrangen, die Angestellten mit Revolvern bedrohten und das Geld an sich rissen. Bei der Flucht über den Kesselweg verloren die Räuber 30 000 Mark. Mit dem Rest entflohen sie in einem bereitstehenden Automobil, tropften die Angestellten mehrere Schüsse hinter ihnen her.

Ein neuer Fernschreiber für drahtlose Telegraphie. Das Hauptpostamt in London macht zur Zeit Versuche mit einem Apparat, mit dessen Hilfe es möglich ist, drahtlose Nachrichten so auszutauschen, daß sie an der Empfangsstation in Schreibmaschinenschrift aufgenommen werden. Das Warministerium der Vereinigten Staaten soll mit dem Apparate bereits im Verlehr mit Marinetageszeugen gute Ergebnisse erzielt haben. Die Mitteilungen werden — wie die „Umschau“ berichtet — in Schreibmaschinenschrift getippt und erscheinen auf dem Aufnahmepapparat auf fortlaufenden Papierstreifen, ebenso wie bei normalen Fernschreiberapparaten. Bisher soll es geglaubt sein, etwa 45 Worte in der Minute zu geben und zu empfangen. Der Apparat ist zudem besonders für die

Übermittlung vertraulicher Nachrichten bestimmt. Er ermöglicht ohne weiteres die Verwendung von 120 verschiedenen Chiffreschlüsseln, die in ihrer Reihefolge vereinbart werden können. Eine Schreibmaschine, die ohne weiteres die Verwendung beliebiger Chiffreschlüssel gestattet und die es ermöglicht, diese Chiffreschlüssel in gewöhnliche (und umgekehrt) zu übertragen, ist vor einiger Zeit in Berlin konstruiert worden.

Wie läßt man Waldungen vor Spielden? Auf eigenartige Weise sichert sich der Saardauer Bezirk gegen Diebstähle von Tannenbäumen und Fichten im Stadtpark und den der Stadt gehörenden Waldungen. Auf Anordnung des Magistrats sind alle Nadelbäume mit einer farblosen giftigen Farbe besprüht worden. So nimmt der Dieb außer dem Weihnachtsbaum zugleich einen schweren Geschmack in seine Wohnung mit und läuft Gefahr, sich dadurch zu versetzen. In Schlehdorf sind zur Bewachung der öffentlichen Parkanlagen besondere Patrouillen eingerichtet worden. Wer beim Diebstahl einer Edelanne betroffen wird, dem wird der Baum abgenommen; außerdem hat er ihren vollen Wert zu entzahlen (2000 bis 4000 Mark) und wird wegen Diebstahls zur Anzeige gebracht.

Volkswirtschaftliches.

Erhöhung der Börsenumsatzsteuer. Mit Wirkung vom 1. Januar 1923 hat der Reichsfinanzminister die Börsenumsatzsteuer für Anschaffungsgeschäfte von Aktien, Genußscheinen für Kunden von 6 Pfennig auf 1 Mark und für Privatgeschäfte von 1.20 auf 2 Mark erhöht. Gleichzeitig wurde die Börsenumsatzsteuer für die Einführung von Bezugsrechten von 1.50 auf 2 Mark für je 100 Mark oder einen Bruchteil dieses Betrages erhöht. Die Börsenumsatzsteuer für Anschaffungs geschäfte über ausländische Banknoten, ausländisches Papiergeld und Devisen wird für Handelsgeschäfte von 20 auf 40 Pfennig für je 1000 Mark erhöht.

Die Sächsische Industrie zur deutschen Einfuhrpolitik. Der Vorstand des Verbandes Sächsischer Industrieller beschäftigt sich in seiner letzten Sitzung mit der deutschen Einfuhrpolitik. Gewiß erwünscht Sparfamilie und Rat zur Einschränkung des Energieverbrauchs. Aber es wurde von hervorragenden Firmen der Ausfuhrindustrie auf den Schaden hingewiesen, den uns gewisse ungünstige Einschränkungen und Belastungen unserer Einfuhr bringen. Wenn wir z. B. durch starke Zoll erhöhungen oder Einfuhrverbote die Einfuhr von brasilianischem Kaffee oder von Salpeter aus Chile oder von Wein aus den südeuropäischen Staaten stark einschränken, so treffen wir wertvolle Hauptausfuhrartikel dieser Länder und dürfen uns nicht wundern, wenn diese Länder dann auch von uns nichts kaufen wollen und unserer Ausfuhr Schwierigkeiten machen. Es handelt sich hierbei um überaus wichtige und für die Zukunft noch sehr aussichtsfähige Absatzgebiete der deutschen Industrie. Der Vorstand des Verbandes spricht die neueren Erfahrungen, die gerade auf diesem Gebiete vorliegen und wird entsprechende Darlegungen den beteiligten Reichsministerien sowie dem Reichswirtschaftsministerium unterbreiten.

Areiter. Textilhandel in Südlawien. Der neu ernannte Südlawische Finanzminister Dr. Stojadinowitsch richtete einen Brief an die Belgrader Börse, in dem er fragte, daß er sofort mit dem seitigen System des Außenhandels und dem System der Einschränkungen brechen werde, aber so, daß durch den Übergang zum freien Verkehr die Volkswirtschaft nicht leide. Am 20. Dezember werde die Börse neue Instruktionen erhalten. Das heutige System distanziert und aktiver Kurs sei schuld am Fall des Dinars.

Tas Goldzollsatzgeld. Für die Zeit vom 27. Dezember 1922 bis einschließlich 2. Januar 1923 beträgt das Goldzollsatzgeld 180 000 vom Hundert.

Marktberichte.

Nümliche Notierungen der Produkte. Börse zu Chemnitz, Mittwoch, 20. Dezember, nachmittags 3 Uhr. Stimmlistung: rubig. Weizen 14500—14800 M. Roggen 13400—13700 M. Wintergerste — M. Sommergerste 12500—13500 M. Hafer 12500—13500 M. Mais 16000 Mark. Weizenmehl 24000 M. Roggengehl 20500 M.

Bei dem hohen Bierpreis bevorzuge man nur eine erstklassige Marke!

Man verlangt überall:

Radeberger Pilsner

Radeberger Pilsner-Export

Zu beziehen in Säffern

Glaschen und Syphons

durch R. Schwede,

Niela, Bettinerstr. 26.

Stempel 49.

Die Siegerin.

Roman von Hans Schulze-Soran.

38. Fortsetzung.

Aber Fräulein Lotte. Sie wissen doch, daß Sie über mich und mein kleines Vermögen zu jeder Stunde verfügen können!"

"Nein, Herr Hermann, das darf ich nicht annehmen!" rief Lotte. "Sie haben selbst Frau und Kinder! Ich würde es mir nie verzeihen, wenn ich auch Sie noch mit in unser Unglück hineinziehen wollte!"

"Fräulein Lotte!"

"Gott helft mir Ihr der Prokurist ins Wort. Diese Ablehnung ist für mich geradezu eine Kränkung! Glauben Sie, ich werde es ruhig mit ansehen, wie die Macht meines einzigen Chefs zugrunde geht? Wo Ihnen vielleicht mit ein paar tausend Mark geholfen ist!"

"Bitte, lassen Sie mich anhören!" fuhr er mit erhobener Stimme fort. "Die Krise, in der sich Ihr Pensionat momentan befindet, wird vorübergehen! Das sind Kinderkramkeiten, die keiner jungen Gründung erspart bleiben. Schon morgen werde ich ein Papier verkaufen, und Ihnen zweitausend Mark schicken. Ich denke, das Ihnen das fürs erste genügen wird!"

"Herr Hermann!"

Mit todbleichen Wangen stand Lotte vor dem ehrlich erregten Manne.

"Wie soll ich Ihnen das Geld jemals zurückzahlen?"

"Das wird sich alles in der Zukunft finden, Fräulein Lotte! Sie sind jung und gesund! Ich denn die Jugend nicht auch ein Wert, der beliebig werden kann wie jeder beliebige andere Geldwert? Kind, Kind, es war die höchste Zeit, daß hier bei Ihnen einmal ein verständiger Mann nach dem Rechten saß!"

Er täuschte sie umständlich, um die auch in ihm aufsteigende Rührung zu bemeistern, und rückte sich dann in seinem Stuhl höher empor.

"Ich bin nämlich noch nicht zu Ende, Fräulein Lotte. Noch muß ich Ihnen noch eine weitere Mitteilung machen, die Ihrer ganzen Situation vielleicht in wenigen Minuten schon ein völlig verändertes Gesicht geben kann! Also hören Sie!"

"Kurz vor meiner Abreise aus Bernigeroode habe ich im Hotel eine interessante und folgerichtige Bekanntschaft gemacht, nämlich die eines Herrn Schneider, Generaldirektor der Deutschen Abteilung des Robeltrans. Als ich nun im Feste unseres Zusammenseins herausstellte, daß ich bis zum vorletzten Jahre im Bankhaus Haussmann aktiv gewesen sei,

wandte sich das Gespräch natürlich sehr bald der Penner Katastrophen zu. Beflügelt wurde dabei auch die Preissteigerung des Salpeters erwähnt und ich erzählte meinerseits, welche großen Hoffnungen wir in diesem Prozeß gerade auf die Preissteigerung setzten!"

"Hoffnungen, die sich nach den leichten Erklärungen des Justizrats Leonhardt leider als absolut nicht richtig erweisen haben!" warf Lotte mit einem resignierten Seufzer ein.

Der Prokurist lächelte.

"Ich habe Herrn Justizrat Leonhardt wegen des Prozesses heute mittag bereits aufgezählt! Beflügelt legte er auch mir die völlig ablehnende Erklärung der gegnerischen Anwälte vor! Dies, wie ich jetzt angebe, traurige Bild hat sich jedoch nach meinen Mitteilungen total verschoben, und Leonhardt ist jetzt mit mir der gleichen Ansicht, daß wir den Prozeß noch zu einem günstigen Ende führen werden!"

Herr Hermann sollte ich wirklich noch einmal auf ein Bild für uns hoffen dürfen?"

"Ich glaube es ganz zuversichtlich, Fräulein Lotte! Seien Sie, die Sache liegt folgendermaßen: Als Direktor Schneider die Bedingungen erfuhr, unter denen seinerzeit die Abschlüsse mit den Salpeterfirmen erfolgt sind, erklärte er sich sofort bereit, in diese Kontrakte einzutreten. Das heißt, er will Ihnen die nötigen Mittel zur Beschaffung stellen und eventuell die entsprechende Kapital bei der Deutschen Bank hinterlegen, damit Sie die betreffenden Firmen unter Berücksichtigung der Sicherstellungen zur restlichen Einhaltung der Lieferungsbedingungen auf geschäftlicher Basis zwingen können. Schneider kauft Ihnen dann jenes Teiles des Salpeters netto ab und gibt Ihnen die Abschlagssumme von zweihunderttausend Mark, um die wir augenblicklich prozessieren. Denn selbst wenn die Abstandssumme noch auf den Kaufpreis aufgeschlagen wird, erhält der Robeltrans den fraglichen Salpeterpulpa noch immer um etwa vierhunderttausend Mark billiger, als wenn er ihn zum gegenwärtigen Börsenpreis einlaufen müßte. Ich weiß nicht, ob ich mich mit der notwendigen Klarheit ausgedrückt habe, Fräulein Lotte?"

"Aber gewiß, gewiß, Herr Hermann!" flanierte das junge Mädchen verwirrt. "Ich habe Sie vollständig verstanden, aber ich kann an diese Wendung noch immer nicht glauben!"

"Wir müssen alles der Zukunft überlassen, liebes Kind! Ich weiß natürlich auch noch nicht, wie sich der ganze Prozeß nach dem Angebot der Robeltransfirmie ausgestalten wird. Vielleicht sind beide Salpeterfirmen unter dem Druck dieser Offerte nun gefügig und eher zu Vergleichsverhandlungen geneigt! Überlassen Sie unsre geschäftlichen Angelegenheiten ihres Exekutiv mit! Sie können versichert sein, daß Sie sich bei mir in den besten Händen befinden!"

"Doch jetzt muß ich um Urlaub bitten, Fräulein Lotte! Meine Frau erwartet mich im Zoologischen Garten! Ich möchte Ihnen morgen durch den Kassenboten das Geld! Lassen Sie mir dann gleich eine Nachricht über das befinden Fräulein Rüthes zugehen, der ich recht gute Besserung wünsche!"

Damit war er bereits zum Korridor hinaus, jede

Dankesbezeugung Lottes eiligst von sich abwendend.

Sein Rückzug hatte sich mit einer solchen Schnelligkeit vollzogen, daß Lotte, die ihn bis ins Treppenhaus gefolgt war, kaum noch Zeit fand, ihm ein herzliche Abschiedsworte nachzurufen.

Ganz betrübt von all dem Gehörten, kam sie wieder in das Spezizimmer zurück und traf hier die Krankenschwestern, die sie auf Geheimrat Dorns Büro schon Tage zuvor für Rüthes Pflege engagiert hatte.

"Wie steht es?" fragte sie bestürmt.

"Vierzig Grad Fieber!" war die Antwort.

"Die Kranken war den ganzen Nachmittag über stark benommen! Nach einem mehrstündigen Schlaf aber ist sie momentan etwas freier!"

Beiden Schritten trat sie in das Krankenzimmer.

Die Nachtlampe legte ihr totes Zimmerlicht über das kleine Gemach.

Die Draußen auf den Fensterbrettern tropfte aufregend der Regen.

Jedngwo im Hause wurde eine Tür laut geschlossen.

Dann wieder Stille, die angstliche zitternde Stille eines Krankenzimmers mit seiner verbrauchten Atmosphäre von Krankheit, Menschen, Medizin. —

Mit einer vorsichtigen Bewegung hatte sich Lotte am Bett des Schwestern niedergesetzt, die wieder in einen unruhigen Halbschlaf aufgelösmt waren.

Wie seltsam das seine Gesicht verzaubern war; grünlich, um Jahre gealtert hob es sich aus den weißen Kissen.

Die tödliche Krankheit hatte ihre hässlichen Schatten um die bleiernen Lippen gelegt, sie brachte hinter den blauen Sternen, sie drang mit blassen, leuchtendem Hauch aus den trockenen, blutleeren Lippen.

Weizenfleisch 7800 M., Roggenfleisch 7800 M., Bielesfeld 8000—8500 M., Rieben 20 M., Getreidekost 7500 bis 8000 M., do, geprägt 8000—8500 M., für den Rentner französisches Getreide in Ladungen von 200—300 Rentner, bei Weiß in Meilen unter 100 Rentner und bei Graubünden und Stroh liebhaberweise.

Dresden Schuhweichmarkt vom 21. Dezember. Vertrieb: 1. Kinder: 21 Ochsen, 8 Bullen, 47 Kalben und Kühe; 2. 783 Rinder; 3. 24 Schweine. Preise in Mark für Lebend- und Schlachtmisch. Rinder: Preise wie am Montag. Rinder: 1. Doppellender — 2. beste Mast- und Saugfleber 51000 bis 53000, D. 888,75. 3. mittlere Mast- und gute Saugfleber 47000 bis 49000, D. 800, 4. geringe Rinder 42000 bis 45000, D. 791. Schweine: Preise wie am Montag. Schweine: 1. vollfleischige der feineren

Mullen und bereinigten Rennwagen im Alter bis 1½. Rinder 62000 M. bis 64000, D. 807,75, 2. Wettbewerbe 67000 bis 68000, D. 848,75, 3. mittlere 58000 bis 60000, D. 786,75, 4. geringe entwiderte 48000 bis 52000, D. 714,50. 5. Schafe und Lämmer 47000 bis 55000, D. 680. D. — Durchschnittspreis pro Pfund. Ausnahmepreise über Rota. Die Preise sind Marktpreise für nächstes Gewicht der Tiere und schließen sämtliche Kosten des Handels ab Stall, Brachten, Markt- und Verkaufskosten, Umlaufsteuer, sowie den natürlichen Gewichtsverlust ein, erheben sich also wesentlich über die Stallpreise. Tendenz des Marktes: Bei Rindern und Schweinen mittel.

Die amtlich notierten Preise waren an der Berliner Produktenbörse pro 50 kg ab Station: Weizen, männlicher 14200—14500, pommerischer 14000—14300. Behauptet.

Rogen, männlicher 18100—18400. Behauptet. Sommergerste, männlicher 11500—12500. Stil. Soja, männlicher 12800—12800, pommerischer 11800—12800. Stil. Mais 12800—12800, pommerischer 11800—12800. Stil. Mais bis 13800. Weiter, Weizenmehl pro 100 kg 38000 bis 44000, feinste Mühlen über Rota bezahlt. Aubig, Roggenmehl pro 100 kg 35000—39000. Aubig, Weizenfleisch 7800—7800, Roggenfleisch 7800—8000. Behauptet. Raps 28000—24000. Stil. Erbsen, Bitterbohnen 26000—28000. Kleine Spargelkraut 24000—25000. Butterbohnen 14500 bis 15500. Weißkraut 14500—17500. Rübenbohnen 14000 bis 15000. Weißkraut 22500—25500. Lupinen, blonde 15000 bis 16000. Lupinen, gelbe 18000—21000. Serrabellla 30000—35000. Rapssoden 9000—9200. Zwiebelknoblauch 6500—6500. Lorbeerlaube 80/70 4000.

Korsett-Reparaturen

werden prompt
und billig aus-
geführt in der

Korsett-Fabrik H. Mühl & Co.

Riesa, Goethestraße 84

Annahme I. Etage von 8—12 und 2—6 Uhr. — Telefon 206.

Ankauf

Gold — Silber — Platin — Ganze Gebisse
Einzelne Zähne — Juwelen Gegenstände und Bruch
aller Art.

Ehe Sie etwas verkaufen, lassen Sie es sich kostenlos bei mir abschätzen. Strengste Diskretion.

Baark

Riesa,
Bismarckstr. 65
partarre, Ecke Klötzerstr.
— Auch Sonntags geöffnet. —

Kirchennotizen.

Riesa. Trinitatiskirche: 4. Advent 9 Uhr Ev. (Joh. 1, 26) u. A. (Bech.) 5 Uhr Christusper (Bech.). 1. Weihachtsfeiertag 9 Uhr Ev. (Avt. 2, 1—14) u. A. m. Einzelgottesdienst (Friedrich), Kollekte! 5 Uhr Kinderberg (Vlotho). 2. Weihachtsfeiertag 9 Uhr Ev. (Avt. 2, 15—20, Vlotho). Kollekte! — Kirchenmusik zum Weihachtsfest: 1. Feiertag: Chor mit Orgel aus "Christus" von Mendelssohn, Orgelnachspiel: 1. Soz aus der Pastoral-Sonate von J. Rheinberger. 2. Feiertag: Wittenböhmisches Weihachtslieder, Tonfall von Carl Nieder. Am Schluss des Gottesdienstes Posauenschlag.

Weida. 4. Advent 9 Predigt (Pf. Lüthardt, Riesa), 1. Weihachtsfeiertag vorm 9 Festgottesdienst, nachm. 3 Weihachtsfeier, Kollekte, 2. Weihachtsfeiertag vorm. 9 Uhr Festgottesdienst, Kollekte.

Paulig. Sonntag, d. 24. 12. 9 Uhr Predigtgottesdienst, 1. Weihachtsfeiertag 8 Weiche, 1½ Festg. Koll., 1 Kinderg., 2. Weihachtsfeiertag ½ 9 Uhr Festgottesdienst, Kollekte.

Gröba. Sonntag 9 Uhr Abendmahlsgottesdienst (Tenende), 4 Uhr Christusper für Erwachsenen u. Kinder, Teige an den Kirchliken (Berger). 1. Feiertag 8 Uhr St. Abendmahl (Berger), 9 Uhr Festgottesdienst, Kirchenmusik (Berger). 2. Feiertag 9 Uhr Festgottesdienst, Kirchenmusik: Violin-Solo, Zug-Kant., anschließend Abendmahlfeier (Tenende).

Stolberg. Am 9 Uhr Jugendpredigtgottesdienst, Abendmahlsgottesdienst, am 1. Feiertag 1½ Abendmahlsgottesdienst, 9 Festgottesdienst mit Weihachtsliedern für gemischten Chor der Kinder, 1½ Weihachtsliedergottesdienst, am 2. Feiertag 9½ 9 Festgottesdienst (Württemberg), Taufen 12 Uhr, am 28. Donnerstag, 7 Uhr Singung der Kirchengemeindevertretung. Heiligen Abend nachm. 4 Uhr Christusper mit Ansprache. 1. Weihachtsfeiertag vorm. 9 Uhr Festgottesdienst, 2. Feiertag vorm. 9 Uhr Festgottesdienst, Kirchenmusik: "Die heilige Nacht". Kantate für Frauenchor, gem. Chor, Sola und Organ von Franziskus Nagler. — Nachm. 5 Uhr am 2. Feiertag Belohnung des Frauenvereins im Pfarrhaus mit Ausstellung der Stiftungsgelder. An beiden Feiertagen Kollekte für Weihachtsbeschaffungen.

Glaubitz. 24. Februar. nachm. 1½ Uhr Christendacht, 1. Feiertag 8 Uhr Abendmahl, 1½ 9 Uhr Festgottesdienst, 2. Feiertag 9 Uhr Predigt (Pf. Bochneck, Röderau). **Niederndorf.** 2. Feiertag 11 Weihachtsfeier (Pf. Guderzen).

Cath. St. Barbara-Kapelle, Lessingstr. 9. Um 1½ Uhr Frühmesse, 9 Uhr Hochamt mit Predigt. 1. Weihachtsfeiertag um Mitternacht Christmesse, 1½ Uhr hl. Messe, 9 Uhr feierliches Hochamt mit Predigt. 2. Weihachtsfeiertag um 8 Uhr in Seethain, in Riesa nur 11 Uhr hl. Messe. — Werktag 8 Uhr.

Minni Dede
Alfred Bürger

Verlobte

Stade Riesa
Weihnachten 1922
z. Zt. Oberneuland, Landgut „Quickborn“.

Für die zahlreichen Beweise herzlicher Teilnahme beim Hinscheiden unserer lieben Mutter, Groß- und Urgroßmutter

Wilhelmine Gerhardt
sagen wir allen unsern
aufrichtigsten Dank.
Heyda, Dezember 1922.

Die trauernden Kinder.

Donnerstag vormittag entschlief sanft und ruhig meine liebe Frau, unsere gute Mutter, Schwester, Schwägerin, Tante und Großmutter

Clara Jäger geb. Starke.

In diesem Schmerz August Jäger
ausgetreten im Namen aller Hinterbliebenen.
Riesa, Pauligstr. 22, 22. Dec. 1922.
Beerdigung findet Sonntag, 24. nachm.
1½ Uhr von der Friedhofshalle aus statt.

Für den Weihachtstisch:

*Despang's
Kaffees*
Geröstete

in voller, schwerer Qualität:

Mexico-Maragogype

(für Mocca geeignet) M. 3200.— das Pfund

ferner:

Cacao

Tee

das Pf. von M. 1200.— ab das Pf. von M. 3600.— ab

Präsentkörbe

in reizender Ausführung von M. 3000.— ab.

Gebrüder Despang

Kaffee-Handlung und Groß-Rösterrei

Inh. H. und W. van Vught

Riesa, Rosenplatz 10 a. — Fernruf 160.

Tageblatt-Druckerei

Riesa, Goethestraße 59

fertigt schnellestens
alle Arten

Drucksachen
für Geschäfts- und
Privatbedarf.

Reichhaltiges Papierlager.
Eig. Buchbinderei.

Zu verkaufen:

2 große Brotschalen (Mehlner Brotbrotmutter), 1 Künderwagen, wie neu, 2 Wetzschäfte, geb. (Melling), 1 Helm, geb., Gaddoschertisch (Gien), 1 Kükerfessel, gepolstert (roter Blüch). Zu erkennen im Tageblatt Riesa.

Grammophon
mit 6 Platten billig zu
verkaufen. Gebraucht 11.

Eigene Standuhr
zu kaufen gefüllt. Off. u.
TL 2788 an Tagebl. Riesa.

Korbwagen
mit Federn, noch guterh., verkauft Riesa 27, p.

**Großer gebrauchter
Rodelschiessen**
zu kaufen gefüllt Goethestr. 102, 2, SIm. 2.

**Gebrauchte, guterholtene
Post- u. Bahnläden**
zu kaufen Gefüllt. Gebr. Walther & Jilgen, Beleuchtungsförperfabrik, Wurzen i. Sa.

D.-Schnürstiefel,
noch neu, Gr. 38, desgl., gebraucht, zu verkaufen Matildenk. 3, p. z.

Mehrere Peinenfragen,
alterh., Weiße 37, bill. a. off. Off. TF 9781 an Tagebl. Riesa.

Ein Jumper, neu,
Puppenheit, Trameau mit Koniol, 1 Sitzer und Puppenstube m. Möbeln zu verf. Berger, Hanfstr., Gebr. Poppiger Str.

**Hochleidige lebende
Weihnachtstarpfen**
in jeder beliebigen Größe
empfohlen Carl Jigner, Gröba.

ff. Schellfisch
Seelachs, Stabian, Zaalai, Goldbarsch, Clemens Bürger.

Gasthof 3. Röß,
Nagewitz.
1. Weihachtsfeiertag
seine Ballmusif.

Felle
Ranin. Dosen. Sägen. Wildfelle
kauf zu Tagespreisen
Riesa 12.

Gasthof Lichtensee.
1.u.2. Feiertag Ballmusif.

Gasthof Radewitz.
1. Feiertag
Käthe, Ballmusif. M. 50 Pf.

**Die heutige Nr. umfaßt
6 Seiten.**
Hierzu Nr. 51 des
Fräulein an der Elbe.

Verein für Bewegungsspiele, Riesa-Gröba

hält am 1. Weihachtsfeiertag
im Gasthof zu Rausch sein

Weihachts-Bergnügen

ab. Um zahlreiches Er scheinen der Mitglieder wird
gebeten. Der Jugendanschau.

Gasthof Seerhausen.

1. Weihachtsfeiertag

große Weihachtsaufführung

ausgeführt vom Militärverein Seerhausen u. Umg.

Umfang 1½ Uhr.

Nachdem Ball.

Dazu lädt ergebenst ein der Vorstand.

"Alte Post" Stauchiz.

1. Weihachtsfeiertag

Theaterabend mit Ball

vom Militärverein Stauchiz u. Umg. Anfang 1½ Uhr.

2. Weihachtsfeiertag

Ballmusif. Anfang 4 Uhr.

3. Weihachtsfeiertag

Konzert mit Ball

von der Stadtkapelle Oschatz, Musikmeister Beyer.

Anfang 7 Uhr.

Sonnabend, den 30. Dezember, bis 1. Januar

große Gesäßelausstellung

mit Verlosung von wertvollem Nutz- und

Schlauchgürtel. — Lotse M. 50.— find hier zu haben.

Für Eheleute und Getreute, sowie

Unterhalter ist bestens gefordert.

Es lädt ergebenst ein Alfred Thiele, sowie Vereine.

Hühneraugen werden Sie sicher los durch Hühneraugen-Lebewohl

Lehnbaust auf der Fuhrscheide besiegelt

Lebewohl-Ballen-Scheiben.

Rein Wurstsalzen, fein gesalzen, Strumpf.

Bill. Moritz Berg, Bahnhofstr. 13.

Hühneraugen werden Sie sicher los durch Hühneraugen-Lebewohl

Lehnbaust auf der Fuhrscheide besiegelt

Lebewohl-Ballen-Scheiben.

Rein Wurstsalzen, fein gesalzen, Strumpf.

Bill. Moritz Berg, Bahnhofstr. 13.

Hühneraugen werden Sie sicher los durch Hühneraugen-Lebewohl

Das Programm der Pariser Konferenz.

Das Weihnachtsgeschenk, von dem manche Deutsche in unerheblicher Hoffnungsselbstfertigkeit trauten, die Einschaltung Milliarden-Dollaranleihe, wird das heutige Volk ganz nemlich nicht bekommen. Was uns bleibt, ist die Aussicht auf eine neue Konferenz, die diesmal in Paris stattfinden soll. Amerikas Standpunkt bleibt auch heute unverändert, der den Vertreter der amerikanischen Großindustrie Womarke vertreten hat: Keine Amtshilfe ohne eine vorläufige Beendigung der Reparation. Alles wird also davon abhängen, ob es auf der Pariser Konferenz gelingen wird, Frankreich zu einem Bericht auf seine Politik der Sanktionen und Sanktionen zu bewegen. Vorläufig scheint die Aussicht auf einen solchen Erfolg äußerst gering zu sein. Was der Pariser Korrespondent des "Manchester Guardian" sieht als "englisches-französisches Programm" für die Pariser Konferenz veröffentlicht, zeigt, daß Poincaré nur nicht daran denkt, einen wichtigen Rückzug anzutreten. Der Grundgedanke dieses Programms ist Bericht Frankreichs auf ein militärisches Vorhaben im Nahen Osten, aber dafür Zustimmung Englands zu einer Vereinbarung für den Fall, daß Deutschland die Bedingungen nicht einhält. Deutschland soll dagegen ein zweijähriges Moratorium erhalten, falls es einer Monatkontrolle durch die Alliierten unterliegt und die Erringe der staatlichen Vermögenswerte und Störten sowie die Ressourcen an die Entente verpfändet. Es mag sein, daß Poincaré hofft, England in Paris die Zustimmung zu einem solchen Programm abzuringen. Es würde allerdings einer vollen Niederlage Englands in der Reparationsfrage gleichkommen, und nochmals die Briten in Genf soeben einen wertvollen Erfolg gegenüber den Türken errungen und dadurch im Orient zunächst freie Hand bekommen haben. Ist eigentlich kein Grund zu erkennen, der die britische Regierung nötigen könnte, Poincaré so weitgehende Zugeständnisse zu machen.

Über die Dinge liegen heute so, daß Frankreich nicht mehr mit England allein in der Reparationsfrage zu rechnen hat. Es kann als sicher angenommen werden, daß Amerika das oben fixierte Programm seinesfalls als die Erfüllung seiner Bedingungen für eine Amtshilfe betrachten würde. Da Frankreich aber Geld braucht, und nur Amerika es ihm geben kann, werden die Amerikaner bei der Endlösung des Reparationsproblems in jedem Falle ein gewichtiges Wortlein mitreden. Was daher auch immer die Pariser Konferenz beschließen mag, sie hat heute die Entscheidung nicht mehr allein in der Hand. Diese Veränderung der internationalen Lage ist die einzige uns aktuelle Erneuerung, die uns das alte Jahr noch geboten hat. Vergleichlich mit der erbohrten Milliarden-Dollaranleihe ist sie nemlich ein recht mageres Weihnachtsgeschenk. Aber sie läßt immerhin die Zukunft nicht mehr so ganz Hoffnunglos erscheinen. Und das deutsche Volk hat es ja in den Leidensjahren, die es durchgemacht hat, lernen müssen, sich zu gedulden und mit der Hoffnung auf eine bessere Zukunft sich zu begnügen.

Die Antwort der Botschafterkonferenz.

Das dem deutschen Botschafter in Paris gestern überreichte Schreiben der Botschafterkonferenz, betreffend die Zwischenfälle in Stettin, Passau und Ingolstadt, hat folgenden Wortlaut:

Herr Botschafter!

Mit Ihrem Schreiben Nr. A 5055 vom 10. d. Mts. haben Euer Exzellenz die Biedenswürdigkeit gehabt, die Maßnahmen, die Ihre Regierung auf die in dem Schreiben der Botschafterkonferenz vom 30. November dargelegten Forderungen mit Beziehung auf die Zwischenfälle von Stettin, Passau und Ingolstadt getroffen hat, zur Kenntnis der Botschafterkonferenz zu bringen. Die Botschafterkonferenz hat sowohl die Antwort der Deutschen Regierung, wie die von dem Präsidenten der Interalliierten Militär-Kontrollkommission erstatteten Berichte mit der größten Aufmerksamkeit geprüft.

In Verfolg dieser Prüfung hat die Botschafterkonferenz die Ehre, Euer Exzellenz folgendes mitzuteilen. Sie tritt dabei in keine Diskussion der von der Deutschen Regierung gegebenen Darstellung der beobachteten Vorfälle ein. Sie stellt fest, daß diese Darlegung sich in den wesentlichen Punkten mit den Berichten der Interalliierten Militär-Kontrollkommission in Widerspruch befindet.

Die Konferenz nimmt Kenntnis von der Zahlung von einer Million Goldmark, die die Deutsche Regierung an Stelle der städtischen Behörden von Passau und Ingolstadt geleistet hat. Sie wird die von der Deutschen Regierung ausgeprochenen Entschuldigungen annehmen, ohne darauf zu bestehen, daß belaubte Entschuldigungen von der Bayerischen Regierung aufgestellt werden, unter folgender Bedingung: Es muß absolut klar sein (übersetzt ostwärts), daß die von der Deutschen Regierung ausgesprochenen Entschuldigungen sowohl im Namen der Reichsregierung als auch im Namen der Bayerischen Regierung und der lokalen Behörden von Passau und Ingolstadt ausgesprochen sind. Um jeden Zweifel in dieser Richtung zu zerstreuen, erläutert die Botschafterkonferenz die Deutsche Regierung, den Text dieser Entschuldigungen amtlich in der Presse zu veröffentlichen und dabei zum Ausdruck zu bringen, daß sie für die Bayerische Regierung und die lokalen Behörden von Passau und Ingolstadt mitgetragen.

Die Botschafterkonferenz stellt im übrigen fest, daß die Antwort Euer Exzellenz ihr nicht die Sicherheit gibt, daß die für die Zwischenfälle von Stettin, Passau und Ingolstadt geforderten lokalen Sühnemaßnahmen tatsächlich und vollständig ausgeführt worden sind. Sie wird sich demgemäß in dieser Beziehung nur aufzuladen erklären, wenn die Deutsche Regierung der Interalliierten Militär-Kontrollkommission sowohl in ihrem Namen wie auch im Namen der Bayerischen Regierung die Garantie gibt, daß die lokalen Sühnemaßnahmen, die bisher noch nicht oder nur teilweise ausgeführt worden sind, voll und ganz zur Ausführung gelangen werden. Aufgrund dessen hat die Botschafterkonferenz die Interalliierte Militär-Kontrollkommission beauftragt, die deutsche Regierung zu erläutern,

hinsichtlich des Zwischenfalls von Stettin

a) um Mitteilung der dienstlichen Verwendung, welche die verantwortlichen Polizeibeamten und die von ihnen Funktionen entbundenen beiden Verbindungs-offiziere erhalten haben,

b) um eine Verstärkung der über die an dem Vorfall beteiligten unteren Polizeibeamten verhängten Strafen und um eine Befriedung der für ihre Bestrafung gegebenen Begründung,

hinsichtlich des Zwischenfalls von Passau

a) um die Amis-Geduldung des Polizeibeamten, der unter der Autorität des Bürgermeisters die Gewässer des Polizeidienstes leitet,

b) um Mitteilung der dienstlichen Verwendung des seiner Stellung entbundenen Bataillonsführers,

hinsichtlich des Zwischenfalls von Ingolstadt

a) um die Amis-Geduldung des Polizeibeamten, der unter der Autorität des Bürgermeisters die Gewässer des Polizeidienstes leitet,

b) um die Verstärkung, daß der Leiter der Mannschaftsanstalt keinen Abdruck nicht nur genommen, sondern auch erhalten hat (s. oben offiziell ausweislich mis à la retraite).

Genehmigen Sie, etc. (Sehr) Poincaré.

Eine Rede Poincarés im französischen Senat.

Der französische Ministerpräsident beharrt auf seinen Forderungen.

Der französische Senat kann gestern in seiner Nachmittagssitzung mit der Beratung der vorliegenden drei Unter- und Sonderkommissionen über die außordentliche Politik der Regierung. Ministerpräsident Poincaré erklärte, es sei natürlich, daß annehmlich der Verleihungen Deutschlands die Sanktionen be-urteilt seien und daß man nach einer neuen Röntgen suche. Er glaubte, er könne sich auf diese Erklärungen befreien, da er keine Erklärungen in der Kammer vor dem Senat aufrechtzuhalten, von denen er nichts zurücknehmen und denen er nichts hinzugefügen habe. Deutschland beharrte bei seinem Recht. Seine Magnaten der Großindustrie hätten sich auf Kosten des deutschen Volkes bereichert. Welches sei der raschste und sicherste Weg, damit Frankreich in seinem Rechte befriedigt werde? Deutschland habe seine Verpflichtungen nicht aus, und der Zahlungspanal vom Mai 1921 sei zum toten Buchstaben geworden. Deutschland behauptete, daß es infolge der Entwicklung seines Geldes nur sehr schwer die Waren im Innern handeln könne. Über unter diesen Lieferungen befinden sich solche, die aus den Staatsdomänen kämen. Im Wirklichkeit behilft sich Deutschland, alle Reparationen hinauszuschieben. Sei das vielleicht der Augenblick, um Deutschland ohne Genehmigung ein neues Moratorium zu bemühen? Es werde sich wahrscheinlich um ein elastisches Moratorium handeln. Aber werde Deutschland das Moratorium dazu benutzen, um seine Finanzen zu sanieren? Man müsse Deutschland einer effektiven Kontrolle unterwerfen. Nebenamt, selbst wenn Frankreich sich gebunden wähle, könne es doch nicht. Am 31. Dezember werde Frankreich für Deutschland etwa 100 Milliarden bezahlt haben. Deutschland habe Domänengüter, über die nach Artikel 248 des Friedensvertrages die Alliierten ein Privileg ersten Ranges besitzen. Dieses Privileg sei für ihn, Poincaré, eine konkrete Realität. Er werde sich von den Alliierten verhandeln, mit Frankreich diese Wänder zu nehmen oder Frankreich sie auf gemeinsame Kontrolle nehmen zu lassen. Derselbe Artikel des Friedensvertrags schafft den Alliierten, durch die Reparationskommission die Ausfuhr von Gold aus Deutschland zu verbieten. Deutschland besitzt mobile Werte, die als Wänder für die Forderungen an Deutschland dienen müssten. Poincaré sagte: "Wir wollen Deutschland nicht ruinieren, wir wollen aber auch nicht, daß es in einigen Jahren sich über unsere tatsächliche Armut lustig machen kann. Wir würden glücklich sein, wenn es innere oder äußere Anleihen ablehnen könnte, die es ihm gestatten, seine Schulden zu mobilisieren." Er hofft fort, es sei wünschenswert, daß Deutschland Kapital erlangen, aber das sollte nicht bedeuten, daß die Reparationsfrage in die Hände der Bankiers übergehen solle. Die Reparationsfrage werde dann wieder auf die Verhandlungen am 2. Januar bilden; dann würde auch über die interalliierten Schulden verhandelt werden. Poincaré behauptete, daß er weitgehendes Entgegenkommen hierin gefunden habe und daß man nicht mehr auf Amerika warten wolle, um die Frage der europäischen Schulden zu regeln. Barthou und Loucheur hätten in ihrem Bericht über den Friedensvertrag bedauert, daß die Alliierten nicht die Kriegslast Frankreichs erleichtert hätten. Es würde ungünstig sein, wenn Frankreich seine Schulden bezahlen müßte, bevor es selbst Entschädigung erlangt habe. Poincaré schloß, er sei sicher, daß die Verhandlungen in einem Geiste des Einvernehmens und des

gegenseitigen Vertrauens fortgesetzt werden. Wenn Meinungsverschiedenheiten auftauchen, werde man darüber wachen, daß sie niemals in Uneinigkeit ausarten.

Darauf wurde der Regierung durch Annahme der einsamen Tagesordnung mit Handaufheben das Vertrauen ausgesprochen.

Amerika und die Reparationsfrage.

"Associated Press" bringt eine Nachricht aus London, wonach die Vereinigten Staaten auf Basis einer Handelskommission, auf deren Spitze der Reichstagsabgeordnete Dr. Gunther, Verhandlungen mit England und Frankreich wegen Ernennung einer Kommission amerikanischer Geschäftsmänner mit Hoover an der Spitze einzuleiten hätten, die eine neue Grundlage für die Bezahlung der Reparationen festlegen sollte. — Zu dieser Nachricht bemerkt WTB: Wie wir von zuhörlaer Stelle erfahren, haben weder der Reichstagsabgeordnete noch eine konkrete amtliche Stelle einen solchen Antrag auf die Regierung der Vereinigten Staaten gerichtet.

Wie Reuter erläutert, besteht unter Grund zu der Annahme, daß während an die britische Regierung von Seiten des Reichstags zur Lösung des Reparationsproblems nicht herangetreten worden ist, der französische Regierung durch den französischen Botschafter in Washington gewisse informelle Vereinbarungen gemacht worden sind. Es sei nicht bekannt, welche Art diese Vereinbarungen seien. Indeß werde als wahrscheinlich angenommen, daß sie eine nochmalige Einberufung des interalliierten Bankerkomitees beinhaltet, das bereits einmal in Paris getagt hat. Obwohl das Komitee unter den gegebenen Umständen zu jener Zeit nicht in der Lage gewesen sei, eine Möglichkeit für die Bezahlung einer Anleihe an Deutschland zu sehen, wird angenommen, daß die damals vorbereitenden Bedingungen bis gegenwärtig geändert haben und daß, wenn das Bankerkomitee nochmals zusammentritt, eine Lösung der gegenwärtigen Stockung gefunden werden könnte. Diese verdeckten Vorstöße seien natürlich zunächst der französischen Regierung gemacht worden, da die Haltung der britischen Regierung bereits wohlbekannt sei.

"Newark Tribune" erläutert aus Washington von einer hohen amtlichen Persönlichkeit, daß die amerikanischen Truppen sofort vom Rhein zurückzuziehen werden würden, wenn Frankreich das Ruhrgebiet befreie. Es wurde mitgeteilt, daß die Regierung eine Besetzung des Ruhrgebietes nicht billige.

Die Berliner Versprechungen.

Wie die "Deutsche Allgemeine Zeitung" berichtet, nehmen die Versprechungen der Reichsregierung mit den Sachverständigen über die Erarbeitung des Reparationsprogramms ihren Fortgang. Der Reichstagsabgeordnete Dr. Reichsminister Hermes und Becker verhandeln gesondert mit den Sachverständigen. Über das Ergebnis wird nach wie vor strengs Stillschweigen bewahrt. Die für heute vor mittag zu Besprechungen eingeladenen Parteiführer werden teils vom Reichsminister von Rosenburg, teils vom Reichsminister Becker, teils vom Reichsminister Hermes zur Ansprache empfangen werden.

Wärmen im Berliner Stadtverordnetenrat.

Während der Beratung eines kommunistischen Antrages auf Mahnmaßnahmen zur Sicherstellung der Errichtung der Berliner Befreiung in einem Plenum des Berliner Stadtverordnetenversammlung drang auf Veranlassung des Antragstellers eine aus KPD-Lenzen bestehende Deputation in den Sitzungssaal ein. Da sie den Saal nicht räumen wollten, lobt sich der Vorsitzende ausruhenden, die Sitzung zu lädtlichen. In der gleichzeitig tagenden Vollversammlung der Berliner Stadtverordneten kam es bei dem Bericht eines kommunistischen Stadtverordneten über die neuen Vorschriften zu starken Rätschlägen, daß die Sitzung vorzeitig geschlossen werden mußte.

Tagesgeschichte.

Deutsche Rasse.

Die Sozialorganisationen der Staatssoldaten haben normalerweise wegen nachträglicher Erhöhung der Dezemberlöhnne unternommen. Über das Ergebnis der neuen Verhandlungen ist noch nichts bekannt.

Der Vorsitzender der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahndienst und Arbeiter erläutert in einer Ansprache an den Berliner "Local Anzeiger", daß im Gegenzug zu angeblichen Neuerungen über die Streitbereitschaft der Reichsgewerkschaft von dieser in keiner Weise irgend eine Streitfogitation betrieben werde.

Eine neue Wendung in der Kriegsabschuldigungsfrage. Mit dem größtmöglichen Aufwand an juristischer Sorgfalt hat das Reichsgericht das Anklagematerial der Alliierten gegen die sogenannten Kriegsverbrecher untersucht und durch eindliche Vernehmungen 93 Angeklagte aus dem Verfahren ausgeschieden, deren völlige Unschuld an den ihnen zur Last gelegten Taten nachgewiesen ist. In einer langen Liste steht hier der Mauerpolier neben dem Kaufmann, der Universitätsprofessor neben dem Landwirt. Das ganze deutsche Volk sollte durch die niedrige Verleumdungen der sogenannten Kriegsverbrechen vor aller Welt dargestellt werden. Sohn die Tatfrage, daß Deutschland auf dieses unrichtige Verfahren eingegangen ist, während eine Gegenfrage über Abschuldigungen unserer Feinde nur private Unterstützung gefunden hat, bedeutet eine Beschimpfung, die ganze Schwere erfordert. Sie begleitet begreifen werden. Das auch im deutschen Millionenverein Unlauterkeiten vorgekommen sind, wird niemand bestreiten. Unsere Feinde im Weltkrieg haben ihrem ganzen Verhalten nach aber am wenigsten Recht zur Anklage.

Die Note über die Weichselfrage ist den Berliner Blättern zufolge in Berlin eingetroffen. Sie enthält nichts wesentlich Neues, nur, daß die polnische Regierung ermächtigt wird, den ihr zugesprochenen Streifen auf dem rechten Weichelseite vom 20. Dezember ab zu besetzen. Es handelt sich um einen 50 m breiten Uferstreifen und zwei größere Wölfe.

Anklage wegen Sabotage. Wie den Berliner Blättern berichtet wird, hat der Staatsanwalt in Schwerin gegen den Deutnant Robisch die Anklage wegen Sabotage erhoben. Es handelt sich um den Übergang der Robisch-Krupp-Kette ins Baltikum im Jahre 1919.

Gegen das Urteil des Mainzer transatlantischen Kreisgerichts gegen die deutschen Kriminalbeamten Berthold-Berlin und Schönbach-Köln wegen Spionage ist dem „L. A.“ aufgefordert eingeleitet worden.

Proteste gegen die Abtretung der Gemeinde Haasis. Nach einer Drahtmeldung der „Voss. Post“ aus Breslau hat die Entscheidung der interalliierten Grenzkommission, wonach die Gemeinde Haasis der Tschechoslowakei einverlebt wurde, in Haasis und im gesamten Kreis Rattendorf größte Erregung hervorgerufen. Um Aufträge der Gemeinde begab sich eine Deputation nach Berlin, um die maßgebenden Stellen aufzulösen, eine sofortige Revision der ungerechten Entscheidung durchzuführen. Der Rattendorfer Kreistag beschloß einstimmig die Ablehnung eines Protesttelegramms.

Was Frankreich an den deutschen Kriegsgefangenen verdiente. Eine Anfrage des Reichsabgeordneten Freiherrn v. Pritzen macht darauf aufmerksam, daß in der Zeit nach Abschluß des Waffenstillstands bis zum Frühjahr 1920 über 200 000 deutsche Kriegsgefangene mit Rücksichtnahme und Wiederherstellungsarbeiten in den zerstörten Gebieten Nordfrankreichs beschäftigt waren. Frankreich habe den Gefangenen dafür nur ein tägliches Taschengeld von 20 bis 40 Cent., statt des üblichen Tagelohnes von 25 bis 50 Fr. gezahlt. Die französische Regierung habe dadurch einen Gewinn von 1%, Millarden Goldfranc erzielt. Es wird gefragt, was die Reichsregierung zu tun gedenkt, um die Anrechnung dieser deutschen Leistung durch die Entente herbeizuführen.

Befürchtungen des Städteages. Die Geschäftsführer des Deutschen Städteages veröffentlichten über die in den letzten Tagen in Frankfurt a. M. abgehaltenen Vorstandssitzungen des Deutschen und des Preußischen Städteages einen Bericht. Es wird darin ausgeführt, daß das dem Reichstag vorliegende Finanzausgleichsgesetz auch als vorläufiges Ausgleichsgesetz den Städten nicht genügen könne. Ohne Justizrecht zu den großen Steuern — Einkommensteuer und Umsatzsteuer — könnten die Städte zu keiner gesunden Finanzpolitik kommen. Der Städtetag hat den Reichsanzeiger, sowohl im Interesse der Volksnährung wie der Bekämpfung einer etwa entstehenden Arbeitslosigkeit ohne Verzug an die große Aufgabe der Meliorierung der in Deutschland noch vorhandenen nicht kultivierten Moor- und Siedlungsgebiete heran zu gehen und die Befreiung erhalten, daß hier durchgegriffen werden soll. Auch die Vorbereitung sonstiger Rottausmaßnahmen soll mit Ernst in die Hand genommen werden.

Hamburg vor dem Ruin. Aus Hamburg wird dem „Berl. Vol.-Ans.“ geschrieben: Hier eregt unter der Bürgerschaft eine Finanzoperation des Magistrats ungeheure Aufsehen, die alle Einwohner an den Bettelstab zu bringen droht. Der Magistrat hat der Stadtverordnetenversammlung im August 1918 eine Vorlage unterbreitet auf Annahme einer Schweizer Anleihe, die nach zehn Jahren, also im August 1928, mit 12% Franken für je 100 Mark bei fünfprozentiger Vergütung rückzahlbar ist. Die Anleihe wurde von den städtischen Kollegien in Höhe von 6 150 000 Franken angenommen. Infolge des Sturzes der deutschen Währung muß die Stadt eine ungeheure Verzinsung aufbringen, das Katastrophen aber sei der Sothe ist, daß die Schuldenburg an den Schweizer Geldgeber nach dem Stande der deutschen Baluta heute nicht weniger als 8% Milliard Mark beträgt. Es ist der Stadt natürlich ganz unmöglich, diese Miezenchild zurückzuzahlen, und wenn sie etwa auf dem Steuerweg auszubringen versucht würde, dann wäre die gesamte Bürgerlichkeit Hamburgs einfach bankrott. Es ist bei dem schlechten Stande der Stadtfinanzen völlig ausgeschlossen, auch nur einen Teil der Schuldenburg zu tilgen, niemand weiß einen Ausweg aus der Finanznot Hamburgs. Auch eine hohe holländische Guldenanleihe war im Jahre 1918 beachtet, man schreibt aber höchstlich doch davor zurück. Der Magistrat gibt jetzt der Bürgerschaft den für diese schreckensvollen Sachverhalt bekannt. Man sucht die Schuld auf den Bürgermeister Dr. Lohse abzuwälzen, doch haben Magistrat und Stadtverordnete, da die damalige Vorlage durch Mehrheitsbeschluß angenommen wurde, die Verantwortung zu tragen.

Französischer Käse aus deutscher Milch. Vor einigen Monaten beschäftigte ein Prozeß die deutschen Gerichte — wenn ich nicht irre auch die höchste Instanz — weil ein Fabrikant der in Deutschland gefertigt war, unter der Bezeichnung „Gervais“ in den Handel gebracht hatte. Der Fabrikant wurde auf Antrag der Firma Gervais oder deren Vertreter wegen unlauterer Wettbewerbs belangt. Jetzt stellt die Firma Gervais selbst den Gervais-Käse aus deutscher Milch und aus deutschem Boden her. Wie leiden an einem großen Mangel an Milch, da wir den Franzosen eine ungeheure Zahl von Fleischkühen geliefert haben; aber das genügt nicht, wir müssen auch noch deutsche Milch zur Herstellung französischen Käses zur Verfügung halten. Die Pariser Firma baut in Südbaden im Rheinland, mit besonderer Erlaubnis der Interalliierten Rheinlandskommission, eine Käsefabrik. Gleichzeitig faßt sie im befreiten Gebiet jedes Quartier Milch auf, so daß schließlich der Oberpräsident der Rheinprovinz die weiteren Milchlieferungen an die Kronozonen wegen Gefährdung der Säuglingsernährung verbietet. Die Interalliierte Kommission hat jedoch die Verfügung des Oberpräsidenten auf, und die Gervais-Gefellschaft teilt den Landwirten mit, daß sie gezwungen seien, weitere deutsche Milch für französische Käse zu liefern. Wir müssen den Zweifel ziehen, daß es zu den Aufgaben der Interalliierten Kommission gehört, einen französischen Fabrikanten mit Rohstoffen zu versorgen, den wir zur Ernährung unserer eigenen Bevölkerung, und namentlich der Kinder, auf das dringendste benötigen. Oder steht das auch im Friedensvertrage von Versailles?

Der Staatsgerichtshof hat auf die Beschwerde des in Oldenburg verhafteten „Propheten“ Haeuser den Befehl gegen ihn auf, die Fluchtveracht nicht vorliege.

Die Verlängerung der Weihnachtsferien in Preußen. Nach dem amtlichen Preußischen Preßdienst weist ein Erlass des Kultusministeriums darauf hin, daß über die bereits mit Rücksicht auf die Kohlenknappheit angeordnete Verlängerung der Weihnachtsferien um fünf Tage hinaus keinem Antrage auf weitere Verlängerung entsprochen werden kann.

Gütertarife und Lebensmittelpreise. Die außerordentliche Steigerung der Eisenbahngütertarife hat den Berliner Magistrat zu einer Eingabe an den Reichsnährungsminister veranlaßt, in der auf die geradezu katastrophale Auswirkung der Tarifpolitik der Eisenbahnen auf die Preisgestaltung der Lebensmittel hingewiesen wird. So beträgt z. B. die Fracht für ein Pfund Butterstück von Stolp bis Berlin nach dem Januartarif 74,00 Mark. Ein Wagon aus Italien bezogenen Gemüses koste 800 000 Mark Transport.

Bayerischer Landtag. In seiner letzten Sitzung vor den Weihnachtsferien, die bis 9. Januar dauern, erledigte der Bayerische Landtag noch eine umfangreiche Tagesordnung. Unter anderem wurde ein Antrag der Regierung betreffend die Aufnahme einer Staatschuld für den Ausbau der bayerischen Großstraßenunternehmungen gemäß den Beschlüssen des Haushaltsausschusses angenommen. Auch die Vorlage der Regierung wegen Aufnahme einer weiteren Staatschuld zur Sicherung der Brotaufteilung fand die Zustimmung des Hauses.

Zu den angeblichen Loslösungsbemühungen Coburgs von Bayern und zu dem am 17. Dezember im Bezirk Coburg verteilten anonymen Flugblatt, das zur Abtrennung von Bayern und zum Anschluß an Thüringen aufforderte, erklärt die „Münchner Post“: Der Vandebau-

schule der Sozialdemokratischen Partei Bayerns hält es für notwendig, festzustellen, daß die Sozialdemokratische Partei an dieser Aktion in keiner Weise beteiligt ist.

Schwedische Gemeinden. Die „Allmänna“ meldet, daß bisher durch den Centralausschuß der Samariterhilfskasse in Schweden für die evangelisch-reformierte Kirche in Deutschland insgesamt 125 000 Kronen gesammelt worden, wovon 82 000 Kronen gleich 60 Millionen Mark bereits abgefunden sind.

Republik Österreich.

Verband der Großdeutschen und des Handbundes. Nach der „Deutschösterreichischen Tageszeitung“ ist nun mehr auch der parlamentarische Zusammenschluß der Großdeutschen Bauernorganisationen und der Großdeutschen Volkspartei zu einem Verband der Großdeutschen und des Handbundes erfolgt.

Belgien.

Betrügerische Marktverfluktionen. Die Zeitungen melden, daß im Augenblick der Rückzahlung der Mark zum Vorfuß nach dem Waffenstillstand Spekulanten nach Belgien Millionen, vielleicht Milliarden Mark einführen, die sie zu 82 Centimes gefault hatten und die (wie die früher von den Deutschen in Belgien verangestellten deutschen Mark: Anmerkung der Redaktion) zu 1 Franc 25 Centimes angenommen werden sollen. Alle Staatsanwälte Belgien beschäftigen sich augenblicklich damit, diese Betrügereien aufzuklären. In Brüssel allein werden 2700 verdächtige Fälle untersucht.

Bezirksversammlung

Mittwoch, 20. Dezember, mittags 12 Uhr, im Sitzungssaal der Amtshauptmannschaft Großenhain.

Entschuldigt fehlten drei Mitglieder. Der Sitzung wohnte Herr Kreishauptmann Dr. Krug von Ridda und Falkenstein bei. Herr Vorsteher Markus eröffnete die Sitzung mit Willkommenworte an die Erschienenen. Zum ersten Male welche heute ein neuer Amtshauptmann in der Mitte der Bezirkssitzung, nachdem der verstorbenen Amtshauptmann Dr. Uhlemann lange Jahre den Sammlungen beigegeben hat. Herr Amtshauptmann Kühn, den er auf herzlichste begrüßte, habe sich in der Zeit seines Hierzels in außerordentlich günstiger Weise eingeschaut und bekehrt die Hoffnung, daß er den Bezirk mit Geschick leiten und das Beste und das Wohl der Bevölkerung geschehen im Auge habe. Am guten Willen, ihm in dieser Beziehung mitzuhelfen, werde es bei der Bezirkssitzung nicht fehlen. In diesem Sinne wünschte er Herrn Amtshauptmann Kühn eine gelegnete Tätigkeit. Herr Amtshauptmann Kühn dankte für die freundlichen Worte der Begegnung. Er wolle nur kurz noch einmal wiederholen, was er bei seiner Einweisung gesagt: er wolle seinen ganzen Menschen einsetzen, um den Beweis zu liefern, daß man sich nicht in ihm getäuscht habe.

Herr Vorsteher Markus gab dann weiterhin bekannt, daß ein Antrag des Herrn Gemeindevorstand Stein-Schönau, die Beschaffung von Kohlen für Schulen und landwirtschaftliche Betriebe, höchstlich eingegangen sei. Unter Mitteilungen gab Herr Amtshauptmann Kühn einiges über die Verteilung aus dem Lastenausgleichsstock bekannt. Dem Bezirk stehen zusammen 1 405 027 Mark zur Verfügung. Die Verteilung ist vorbereitet. In Ansicht genommen sind für den Bezirk 48 707,40 Mark, für bedürftige Gemeinden 1 384 008 Mark, für weniger bedürftige Gemeinden 22 228 Mark. Zum Verstand gelangten nochstehende Summen an besonders bedürftige Gemeinden: 424 257 Mark an Gröba, 19 228 Mark an Wiedingen, 15 837 Mark an Gröbitz, 223 179 Mark an Niedenburg.

1. Gebühren-Vereinigung des Bezirksschulverbandes Großenhain. Herr Regierungs-Amtmann Knoblauch erstattete einen Bericht über die Notwendigkeit der Erhöhung der Gebühren bei Amtshandlungen im allgemeinen, bei Erörterungen, beim Verkehr mit Getreide, der Versorgung mit Kohlen, bei den Mieteinnungsgästen, in Straßlachen usw. Einigimmt wurde Zustimmung zu den erhöhten Gebühren.

2. Erhebung einer sozialen Abgabe. Herr Amtshauptmann Kühn begründete in längeren überzeugenden Ausführungen die von der Amtshauptmannschaft eingebrachte Vorlage über die Erhebung der Wohlfahrtsabgabe und schied voraus, daß die soziale oder Wohlfahrtsabgabe eine einmalige Abgabe darstellen sollte. Junächst beharrte er die Frage: Was soll der Zweck dieser sozialen Abgabe an sich sein? Die Zusammenfassung aller leistungsfähigen Kreise zur Förderung der allgemeinen Notstände. Dies könnte nur erfolgen durch eine freiwillige Abgabe und dann durch eine Pflichtleistung im Rahmen eines Bezirksteuerabgabes. Eine freiwillige Abgabe setzt voraus, daß alle unsere Wohlgemeindes die gleiche Geduldigkeit besitzen; daß sei nicht der Fall. Der neuere ins Leben gerufenen Notgemeinschaft soll durch die Vorlage nicht entgegengestellt werden. Die Not in den Wintermonaten werde wesentlich steigen und Pflicht und Aufgabe der Behörde sei es, soweit es in ihren Kräften steht, befriedigend einzutreten. Die Wohlfahrtspflege habe dazu nicht die genügenden Mittel. Die Zustände, wie sie sich entwickeln, habe in diesem Ausmaß niemand voraussehen können. Es gelte also, wenigstens für die Gegenwart der schweren Wintermonate Mittel zu schaffen, um die Not eingemessen zu lindern. Auf die finanziellen Erträge der sozialen Abgabe näher eingehend, führte Herr Amtshauptmann Kühn aus, daß der Bezirk unter Ausdruck der Städte Großenhain und Riesa insgesamt 2578 landwirtschaftliche Betriebe umfaßte, die 8588 Arbeiter und Angestellte beiderlei Geschlechts beschäftigen. 64 Industriebetriebe mit 11 770 Arbeitern und Angestellten und 1000 gewerblichen Betrieben mit 1680 Arbeitern und Angestellten. Es seien also insgesamt in landwirtschaftlichen, industriellen und gewerblichen Betrieben 21 947 Arbeiter und Angestellte beiderlei Geschlechts beschäftigt. Bei einem Jahresbeitrags von nur je 50 000 Mark würde sich ein Verdienstbetrag von 1 079 850 000 Mark ergeben. Wenn dieser Verdienstbetrag mit 0,5 Prozent besteuert würde, würde sich ein Steuerauftrag von 5 478 250 Mark ergeben und wenn die Wohn- und Gehaltsempfänger mit 0,1 Prozent besteuert werden, ein Ertrag von 1 097 850 Mark sei ergeben. Zusammen würden also 8 584 100 Mark eintreffen. Ein Entwurf sei nun ein sogenannter Härte-Paragraph eingefügt, der bestimmt, daß in Fällen, in denen die Ertrichtung der vollen Abgabe für den Abgabepflichtigen eine besondere Härte bedeuten würde, auf Antrag Teilszahlungen eingeräumt oder die Steuer ganz oder teilweise erlassen würde. Mit einem Reinertrag von 5 Millionen Mark werde bestimmt zu rechnen sein. Von der Höhe der verfügbaren Mittel müsse es abhängen, in welcher Weise der Not gesezt werden kann. In Ansicht genommen sei auch der Vortrag oder Erwerb des Seuchenlazaretts C im Baradener Lager Heitkheim, in dem ein Kindererholungsheim mit Waldschule errichtet werden kann. Die Errichtung eines Jugendamtes in großzügiger Weise, der gesuchte Ausbau und Aufbau unserer Wohlfahrtspflege, Säuglings- und Kleinkinderpflege, Stillerschule, Kampf gegen die Tuberkulose könne in wirklicher Weise gefördert, überhaupt eine wirklich gut geleitete Wohlfahrtspflege ins Leben gerufen werden. Über die Verwendung der Mittel habe durchaus nicht die Möglichkeit bestanden, dictatorisch über die aufgebrachten Mittel zu verfügen. Einwieder soll ein besonderer Ausschuß für die Verwendung eingesetzt oder der jetzt bestehende Ausschuß werde damit beauftragt die Verwendung der Mittel zu organisieren.

Dem Begegnungsstage werde selbstverständlich die weitere Kontrolle verbleiben. Vor Einführung der Vorlage habe er, wie Herr Amtshauptmann Kühn weiter ausführte, die einzelnen Gruppen zur Beratung eingeholt. Der Bezirksausschuss des Handwerks für den Bezirk der Amtshauptmannschaft habe sich gegen die Steuer gewandt, mit dem Bemerkten, daß das Handwerk nicht in der Lage sei, diese Last mit zu tragen. Auch der Kreisausschuß des Gewerkschaftsbundes Riesa habe die Steuer, soweit sie von den Arbeitnehmern getragen werden soll, abgelehnt, bezeichneten die Handelsvereine Großenhain, der auf die Notgemeinschaft des deutschen Volkes Bezug genommen habe. Es sei richtig, die Steuer sei eine rohe. Es handele sich aber nur um eine einmalige Abgabe und für Zwecke der Förderung sei der sogenannte Härte-Paragraph eingeführt. Was die Gründe der Gewerkschaften in Riesa anlangen, so würden diese im Widerspruch mit den Zielen der allgemeinen Gewerkschaftsbewegung. Auf der Wohlfahrtspflege in Chemnitz waren Unternehmer wie Arbeitervorsteher einmütig der Ansicht, diese Wohlfahrtsabgabe in der Abgabe eines Stundenlohns zu erlassen. Ein Stundenlohn würde für die Arbeitnehmer weit höher sein als die soziale Abgabe ausmacht. Allen denjenigen, die von der Not betroffen sind, zu helfen, das soll der Zweck dieser einmaligen Aktion sein, die kein Konkurrenzunternehmen der Notgemeinschaft darstellen soll. Auf dem Wege einer Volksgemeinschaft werde man dazu kommen, Erfolgliches zu schaffen. Man werde zu diesem Ziele gelangen, wenn sich Freunde und Gegner der Vorlage zu verstehen suchen, die Hindernisse zu beseitigen, die ihr im Wege stehen. Die Ergebnisse der Vorlage sollen den Bedürftigen aller Schichten zugute kommen. Wer Not leidet, habe einen Anspruch zur Förderung der Not durch die wirtschaftlich besten Gestalten.

Nach den Darlegungen des Herrn Amtshauptmann entspann sich eine längere Diskussion über diesen Punkt. Herr Gemeindeschultheiß Schmidt-Gröba erklärte, daß die sozialdemokratische Fraktion der Versammlung geschlossen grundsätzlich die Zustimmung zur Vorlage gebe, trotzdem einige Punkte der Aenderung bedurften. Das Arbeitseinkommen des einzelnen sei viel zu niedrig angegeben. Es müsse vermieden werden, einen Angriff zwischen den leistungsfähigen und schwachen Gemeinden zu suchen. In § 8 des Entwurfs müsse die Bestimmung aufgenommen werden, daß man den Gemeinden, die bereits für Wohlfahrtselternhäuser viel geleistet haben, etwas gibt. Die Höhe müsse vom Ausschuß bestimmt werden. Redner führte die Wohlfahrtselternhäuser an, die die Gemeinde Gröba übernommen, und die Schwierigkeiten der Zeitzeit, die Anhalten über Wasser zu halten. Das ablehnende Schreiben des Kreisausschusses wäre nicht erfolgt, wenn vorher eine Auflösung über die Vorlage erfolgt wäre. Der Beitrag der Arbeitnehmer von 0,1 Prozent sei nicht zu hoch. Herr Vorsteher Markus erklärte, daß die Worte des Herrn Amtshauptmann Kühn einen Eindruck erweckt haben und er bitte, diesen Standpunkt in den weiteren Ausführungen der Aussprache zu wahren. Herr Baron von Rosow-Strauß führte aus, daß die Begründung der Vorlage etwas anderes ergeben habe, als man zuerst annahm. Der allgemeine Not zu steuern, stimme er durchaus bei. Man sei bereit, Opfer zu bringen, um der größten Not hilflos zu tun. Daß man die, die keine feste Arbeitsstätte haben und darum in schwerer Bedrängnis sind, unterstützen solle, darüber seien sich wohl alle einig. Dem Entwurf der Abgabe in der vorliegenden Form sieht er aber ablehnend gegenüber. Die Steuer enthält ganz außerordentliche Ungleichheiten. Sie müsse angelebt werden an die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, die Einkommensstufen jedes einzelnen, Härten dürften nicht bestehen. Man müsse eine Basis finden, alle diese Härten zu lindern. Er beantragte, zur weiteren Bearbeitung der Vorlage einen Ausschuß einzusehen. Zu begründen wäre es, wenn die Städte Großenhain und Riesa mit einbezogen würden. Für möglich baldige Erledigung der Vorlage müsse der Ausschuß Sorge tragen. Herr Stadtrat Helmuth-Großenhain betonte, daß es eine zwangsläufige Notwendigkeit sei, dieser Steuer zuzustimmen. Die Wohlfahrtsvertretung habe vor einer Zwangslage, wenn sie auf verschiedenen Gebieten eine Katastrophe verhindern wolle. Die Zahl der Mittellosten werde mit jedem Tage größer. Auf dem Gebiete der Wohlfahrtspflege müsse alles getan werden, um die Not der Armen zu lindern und Krankheiten zu hindern. Herr Amtshauptmann Kühn dankte für die objektive Behandlung der Angelegenheit auf der Rechten wie auf der Linken und bemerkte zu den Einwendungen, daß die Vorlage im Juli dieses Jahres entstanden und mittlerweile die grobe Marktentwertung eingetreten sei. Beide Teile sollten eine Verständigung suchen. Der Herr Amtshauptmann hob hervor, daß gerade unsere Amtshauptmannschaft gegenwärtig eine Diskussion mit Hilfe der Landwirtschaft in die Wege leite, wie sie noch in keinem Bezirk anzutreffen gewesen ist. Redner stellte darauf einige Einwendungen des Gewerkschaftsbundes Riesa richtig, mit dem Bemerkten, daß ein Amtshauptmann an seinem Platz ganz unparteiisch und korrekt verfahren müsse. Wenn er bei der einen Partei Aussprache gebe, müsse er auch zur andern Partei geben. Das Reich verfüge über die Steuerhoheit. Auch die übrigen Steuern, wie die Landesgewerbesteuer, seien rohe Steuern. Herr Kreishauptmann Dr. Krug u. Ridda führte aus, daß wohl alle wissen, daß die Notgemeinschaft ins Leben gerufen ist und daß das Ministerium innerhalb dreier Monate neue Sammlungen nicht wünsche. So sehr man das warme Herz begrüßen könne, so sei ja der Zweck der Notgemeinschaft berührt und daß darauf einige Einwendungen des Gewerkschaftsbundes Riesa richtig, mit dem Bemerkten, daß ein Amtshauptmann an seinem Platz ganz unparteiisch und korrekt verfahren müsse, wenn er die Notgemeinschaft gegen das Gewerbe-Steuergebot und die Reichsbestimmungen vorlegen. Am Kreisausschuß seien sämtliche Ortschaften über soziale Abgaben bis zur Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts zurücksiegt. Der Entwurf über die soziale Abgabe müsse eine gewisse Konsolidation mit der Notgemeinschaft. Zur Belebung dieser Konsolidation sei eine andere Form zu suchen. Herr Baron von Rosow betonte, daß Riesa und Großenhain auscheiden. Dem Ausschuß müsse anheim geben werden, die Vorlage mit der Notgemeinschaft einverlebt zu suchen. Man müsse sich an die einzelnen Verbände wenden, die die Abgabe von ihren Mitgliedern erheben sollten. Herr Gemeindeschultheiß Schmidt-Gröba bat nochmals um grundsätzliche Zustimmung zur Vorlage und bemerkte, daß die Landwirtschaft in Gröba ihre Pflicht und Schuldpflicht geben habe, als sie Geduldigen Karlsruhe umsonst lieferne. Herr Järmann-Riesa war für baldige Erledigung der Vorlage mit den Worten: Wer schnell gibt, gibt das meiste. Herr Höhnel-Großenhain bemerkte, daß man sich über die Notwendigkeit der Abgabe einig sei. Das zwangsläufige Weiterleben siehe er vor als die freiwillige Abgabe der Notgemeinschaft. Es müsse aber ein Weg gefunden werden, um die Steuern gerecht zu verteilen. Die weitere Aussprache, an der die Herren Amtshauptmann Kühn, sowie die Abgeordneten Baron von Rosow, Bürgermeister Riesa-Niedenburg, Vorsteher Markus, Gemeindeschultheiß Schmidt-Gröba, Gutsbesitzer Preyschel-Reinersdorf, Stadtrat Helmuth-Großenhain, Järmann-Riesa zum Teil wiederholten und beteiligten, bewegte sich in den bereits angeführten Geschäftspunkten. Bei der Abstimmung ergab sich die grundsätzliche Annahme der Vorlage gegen alle Stimmen. Es wurde ein Ausschuß von sechs Personen gewählt, der unter Vorsitz des Herrn Amtshauptmann das Weltet in die Wege leiten soll. Diesem Ausschuß gehören an die Herren Greulich-Streunen, von Rosow-Strauß, Nieden-Rüdersdorf, Schmidt-Gröda, Mende-Fürth und Weinhold-Werditz. (Schluß folgt.)